



Jan Niklas Engels & Gero Maaß (Hrsg.)

Im Blick der europäischen Nachbarn

Analysen zur Krise der Sozialdemokratie nach der
Bundestagswahl 2009

■ **Kann die Sozialdemokratie überleben?**

Von *Carl Tham*, ehemaliger Bildungsminister sowie ehemaliger schwedischer Botschafter in Deutschland, Schweden.

■ **Modernisierung oder Rückzug? Die größten Dilemmata der Sozialdemokratie im Jahr des Wahldebakels**

Von *Ferenc Gyurcsány*, ehemaliger Ministerpräsident von Ungarn, Vorsitzender der Mihaly-Táncsics Stiftung, Ungarn.

■ **Die SPD und das Debakel der Bundestagswahl 2009:
Eine Gelegenheit zur Erneuerung**

Von *William Paterson*, ehemaliger Direktor des Institute for German Studies an der University of Birmingham, Professor für German und European Politics an der University of Aston, und *James Sloam*, Senior Lecturer in Politics und Co-Director des Centre for European Politics an der Royal Holloway, University of London, Großbritannien.

■ **Ein Blick aus Frankreich auf die Lage der deutschen Sozialdemokratie nach den Bundestagswahlen 2009**

Von *Jacques-Pierre Gougeon*, Professor am Institut für Europäische Studien der Pariser Universität (Paris VIII)/Universität Besancon, Frankreich.

■ **Keine Macht, keine Moral?**

Ein holländischer Kommentar zum SPD-Blues

Von *René Cuperus*, Direktor für internationale Beziehungen, Wiardi Beckmann Stiftung, Niederlande.

NOVEMBER 2009

Inhalt

Vorwort	2
1 Kann die Sozialdemokratie überleben?	4
2 Modernisierung oder Rückzug? Die größten Dilemmata der Sozialdemokratie im Jahr des Wahldebakels	9
3 Die SPD und das Debakel der Bundestagswahl 2009: Eine Gelegenheit zur Erneuerung	14
4 Ein Blick aus Frankreich auf die Lage der deutschen Sozialdemokratie nach den Bundestagswahlen 2009	19
5 Keine Macht, keine Moral? Ein niederländischer Kommentar zum SPD-Blues	21

Vorwort

Von Jan Niklas Engels und Gero Maaß

Die Bundestagswahl vom 27. September 2009 bedeutet eine Festigung des Fünfparteiensystems in Deutschland. Während die beiden Volks- und Regierungsparteien, CDU und SPD, teilweise starke Verluste hinnehmen mussten, erzielten FDP, Die Linke und die Grünen jeweils ein Ergebnis von über zehn Prozent. Als große Verliererin der Wahl gilt die SPD, welche nur noch 9.988.843 Zweitstimmen (23 Prozent) erhielt und somit gegenüber der Wahl 2005 einen Verlust von 6.205.822 Stimmen bzw. 11,2 Prozentpunkte verzeichnen musste. Seit der Regierungsübernahme 1998 hat die SPD damit bis zu den jüngsten Wahlen täglich 2.500 Stimmen verloren.

Aus europäischer Perspektive sind weder die Aufsplitterung des Parteiensystems noch anhaltende Stimmenverluste für sozialdemokratische Parteien ein Einzelphänomen. Im Gegenteil, in Ländern mit Verhältniswahlrecht sind Mehrparteienkoalitionen und Klein- und Kleinstparteien im Parlament eher die Regel als die Ausnahme. Vor knapp zehn Jahren stellten sozialdemokratisch geführte Regierungen noch eine klare Mehrheit unter den EU-Mitgliedsländern dar. Heute werden nur noch acht Regierungschefs der inzwischen 27 EU-Staaten von sozialdemokratischen Parteien gestellt.

Viele erwarteten aufgrund des Versagens des Finanzkapitalismus und der dadurch entstandenen Vertrauenskrise eine Verschiebung der Koordinaten des politischen Systems in Europa nach links. Die Europawahlen als der erste größere Politiktest in Europa nach dem Ausbruch der Krise hat indes gezeigt, dass sich die Koordinaten eher nach rechts verschoben haben.

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Entwicklungen und Verunsicherungen bedarf es eines Managements der Aufgabenvielfalt, damit die Bewegung der sozialen Demokratie zukünftig wieder zur führenden Kraft in Europa werden kann:

- eine klare sozialdemokratische »Erzählung«, in der sich die Werte und Identitäten der gesellschaftlichen Basis wiederfinden und die Kernkompetenzen sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalts in Zielen wie anvisierten Wegen spiegeln,
- eine glaubwürdige und überzeugungsstarke politische Führung auf der Basis eines lebendigen, demokratischen Parteilebens, die auch in der Lage ist, aus vorherigen Regierungsperioden zu lernen und sich im Amt zu erneuern,

- die Nutzung des über die politische Kultur und das Wahlsystem vermittelten Handlungsspielraums gegenüber den politischen Konkurrenten,
- eine handwerklich gut ins Werk gesetzte, materiell gehaltvolle wie kommunikativ gut vermittelte Leistungsbilanz (bzw. in Oppositionszeiten der Nachweis, dass der Regierungspartei dieses nicht gelungen ist),
- das Vermögen, strategische Partner (hier vor allem die Gewerkschaften) für sich zu mobilisieren und
- die Notwendigkeit, im Zeichen der Globalisierung die nationalen Überlegungen in eine europäische, internationale Strategiebildung einzubetten.

Dabei reicht es nicht, nur an einigen dieser »Stellschrauben« zu drehen, also in einigen Bereichen gut aufgestellt zu sein. Die schwedischen Sozialdemokraten etwa verloren die letzte Wahl, obwohl sie auf eine soziale wie ökonomische Erfolgsbilanz verweisen konnten und zudem ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die sozialstaatliche Verfasstheit des Landes verankert ist. Entscheidend für politische Erfolge ist die Gesamtaufstellung einer Partei. Erzählung, Führung, Handlungsspielraum, Leistungsbilanz, Partnerschaften sowie Europa- und Globalisierungsstrategie müssen ein stimmiges Gesamtbild ergeben. Dies ist momentan bei den wenigsten sozialdemokratischen Parteien in Europa der Fall.

Vor dem Hintergrund der abnehmenden Bindungskraft von Volksparteien im Allgemeinen und des drastischen Stimmenverlustes für die europäische Sozialdemokratie im Besonderen leistet die *Internationale Politikanalyse* der *Friedrich-Ebert-Stiftung* einen europäischen Beitrag zur Debatte über den Ausgang der Bundestagswahl und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen und Konsequenzen für die deutsche Sozialdemokratie.

Aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und Ungarn wurden jeweils politische Analysten, die über besondere Einblicke in die Sozialdemokratie Deutschlands wie auch ihres eigenen Landes verfügen, gebeten, das Wahlergebnis und die Situation der SPD nach der Bundestagswahl 2009 zu analysieren. Außerdem sollten Sie die möglichen Konsequenzen der Wahl für die europäische Sozialdemokratie und sozialdemokratische Politik in Europa skizzieren. Beeinflusst und geleitet durch die eigenen nationalen Politikerfahrungen sind fünf spannende Analysen entstanden, die jeweils unter-

Jan Niklas Engels,

IPA-Projektleiter
»Internationaler
Monitor Soziale
Demokratie«.

Dr. Gero Maaß,

Leiter der Internationalen
Politikanalyse
(IPA) der Friedrich-
Ebert-Stiftung.

schiedliche Aspekte der Wahlergebnisse beleuchten und darauf basierend Empfehlungen für die zukünftige Entwicklung der Sozialdemokratie entwickeln.

Carl Tham, ehemaliger Bildungsminister sowie ehemaliger schwedischer Botschafter in Deutschland stellt das »Debakel der SPD« in seinen europäischen Kontext und in die gesellschaftlichen Veränderungen. Tham verweist auf die unterschiedlichen Erfahrungen in Schweden und Norwegen und kritisiert die politische Orientierung am »bürgerlichen Weg«. Er plädiert stattdessen für Kursänderung hin zu einer Schichten übergreifenden Politik, die auch die Wähler in der mittleren Einkommensschicht davon überzeugt, dass der vorsorgende Sozialstaat mit einer starken sozialen und kulturellen Infrastruktur und verringerten Einkommensunterschieden auch in ihrem Interesse ist.

Ferenc Gyurcsány, ehemaliger Ministerpräsident von Ungarn und Vorsitzender der Mihaly-Táncsics Stiftung, erklärt die Ergebnisse der Bundestagswahl ebenfalls mit übergreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die kaum aufgehalten werden können. Als Mittel zum Erfolg sind seiner Meinung nach eine zeitgemäße Vision für die Zukunft und gleichzeitig eine charismatische Führungsperson nötig. Die Erfolgsaussichten eines möglichen Linksrucks der SPD schätzt Ferenc Gyurcsány aus ideologischen und taktischen Gründen als gering ein, daher sollte die SPD die strategisch wichtige Position der Mitte einnehmen und so in Koalitionsregierungen progressive Politiken durchsetzen.

Die beiden Wissenschaftler *William Paterson* und *James Sloam* aus Großbritannien analysieren zuerst den »Aufstieg und Fall der SPD« und erweitern dann den Rahmen, in dem sie die generelle Talfahrt der Volksparteien sowie den Rückgang der europäischen Sozialdemokratie thematisieren und Parallelen zum New Labour Projekt in Großbritannien ziehen. Ihrer Meinung nach kann das Scheitern der Sozialdemokraten oft durch ihre früheren Erfolge erklärt werden, da sie an der Regierung die Themen ihrer Wählerschaft vernachlässigt haben. Paterson und Sloam argumentieren, dass »die fehlende Zutat« sowohl beim Dritten Weg als auch bei der Neuen Mitte »der kommunitaristische Aspekt fortschrittlicher Politik« war. Zur Überwindung der Schwäche bei der politischen Auseinandersetzung um Ideen empfehlen sie für die Sozialdemokratie »neue charismatische Köpfe, eine Erzählung für nach der Krise und neue, durchlässigere und zugängliche Strukturen«.

Jacques-Pierre Gougeon, Professor am Institut für Europäische Studien der Pariser Universität (Paris VIII) sowie der Universität Besancon, befürchtet, dass die deutschen Sozialdemokraten für einige Zeit mit sich selbst beschäftigt sein werden und daher kaum Zeit für europäische Fragen haben werden. Gleichzeitig hofft er, dass, frei von politischen Rücksichtnahmen auf Koalitionspartner, nun wichtige Themen wie »die Regulierung der Finanzmärkte, Ausstiegsstrategien nach der Krise oder auch die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates programmatisch aufgearbeitet« werden können. In Bezug auf die Erfahrungen in Frankreich verweist Prof. Gougeon auf die durch politische Rückschlüsse gegebenen Chancen zur organisatorischen Erneuerung, programmatischen Profilschärfung und politischen Vertrauensbildung.

René Cuperus, Direktor für internationale Beziehungen der Wiardi Beckmann Stiftung, sieht große Parallelen in der »katastrophalen Lage« der SPD und der niederländischen PvdA. Das Hauptproblem sozialdemokratischer Volksparteien sieht er in einem Bruch innerhalb der linken Wählerschaft zwischen sozial-liberalen Akademikern und traditionellen gewerkschaftsnahen Sozialdemokraten. Er argumentiert, dass sich die Mittelschicht in Zukunftsoptimisten, die Globalisierung, dynamische Märkte, Vielfalt etc. begrüßen und diejenigen, die sich vor diesen Kräften fürchten, aufteilt. Dieser Bruch bedroht die gesamte Gesellschaft und stellt eine existentielle Bedrohung für die Sozialdemokratie, die Gefahr läuft zwischen Populisten und einer moderaten Rechten aufgegeben zu werden, dar. Anhand von zwölf Punkten skizziert René Cuperus abschließend, wie sich die Sozialdemokratie aus diesem Dilemma befreien kann.

So unterschiedlich die Perspektiven und die daraus gefolgerten Empfehlungen der Autoren aus dem europäischen Ausland auch sind, Einigkeit besteht darin, dass die Sozialdemokratie sowohl in Deutschland als auch in Europa weiterhin gebraucht wird, vielleicht sogar dringender als je zuvor. Gebraucht für eine Politik, die es nicht nur mit den Herausforderungen in einer globalisierten Welt aufnimmt, sondern die auch nach sozial gerechten und die gesamte Gesellschaft einbeziehende Lösungen strebt.

1 Kann die Sozialdemokratie überleben?

Von Carl Tham

Das Wahldebakel der SPD war zu erwarten, aber dennoch erzeugte es bei vielen einen Schock, nicht nur in Deutschland. Wie immer in vergleichbaren Situationen gibt es dafür teils nationale Gründe, aber der Absturz der SPD ist auch Teil einer europäischen Entwicklung. Generell befindet sich die Bedeutung der Sozialdemokratie in Europa im Rückwärtsgang. Hintergründe dieser Entwicklung sind soziale und kulturelle Veränderungen, wie beispielsweise der Niedergang der alten Industriegesellschaft und eine schrumpfende Arbeiterklasse, das Aufstreben individualistischer Kultur und ein generelles, weit verbreitetes Misstrauen gegenüber Politikern. Die Sozialdemokratie verschrieb sich der Ideologie der Globalisierung und entwarf eben keinen eigenen, alternativen Politikurs. Sie war nicht gewillt, die aktuellen sozialen und ökonomischen Konflikte in der Gesellschaft zu erkennen und zu formulieren. Deshalb verloren die Menschen zweifelsohne den Glauben, dass die Sozialdemokratie Ideen für eine gute zukünftige Gesellschaft entwickeln und vertreten kann, die von sozialdemokratischen Werten geprägt sind – und zugleich angemessene, zeitgenössische Antworten auf soziale, wirtschaftliche, kulturelle, ökologische und ethische Herausforderungen geben. Führende Sozialdemokraten verteidigten indes die bestehenden Regeln des Marktes ohne grundlegende Kritik an den sozialen Bedingungen, die auf deren nachhaltige Verbesserung zielt. Erfahrungen beispielsweise aus Schweden machen dies deutlich.

Warum verloren die schwedischen Sozialdemokraten 2006 die Wahl trotz florierender Wirtschaft? Einer der Hauptgründe war, dass viele traditionell sozialdemokratisch ausgerichtete Wähler das Gefühl hatten, die Partei habe ihre grundlegenden Werte verloren und setze sich nicht mehr für die vielen Menschen ein, die nur wenig vom spektakulären wirtschaftlichen Aufschwung profitiert hatten, für die Arbeitslosen und diejenigen, die am Rand der Gesellschaft lebten. Es ist naheliegend, dass die Sozialdemokratie in Europa ihre Politik gründlich überdenken und neu gestalten muss, wenn sie als eine der wichtigsten politischen Kräfte in Europa überleben will. Vor allem muss sie ihr ideologisches Selbstbewusstsein wiedererlangen und zu ihren grundlegenden Werten und historisch gewachsenen Aufgaben zurückfinden. Diese sind grundsätzlich gleich geblieben: Schutz der Gesellschaft vor den

alles vereinnahmenden wirtschaftlichen Interessen, Regelung dieser Kräfte in einer gemischten Wirtschaft, Förderung der Chancengleichheit und Erzielung notwendiger Kompromisse zwischen den sozialen Schichten. Die sozialdemokratischen Parteien müssen deutlich machen, dass eine für sie abgegebene Stimme zählt; sie müssen viel energischer den Finger in die Wunden der Gesellschaft legen, die Aufmerksamkeit auf soziale Konflikte und Ungerechtigkeiten lenken, und mit konkreten politischen Aktivitäten gegen diese ankämpfen. Wenn die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus ihrer Niederlage heraus solch einen Kurs einleiten würden, wäre dies von großer politischer Bedeutung für ganz Europa.

Das Wahldebakel der Sozialdemokratie in Deutschland war zu erwarten, auch wenn einige gehofft hatten, dass das gestärkte Image Frank-Walter Steinmeiers zum Ende des Wahlkampfes die Partei vor der Katastrophe würde retten können. So war es aber nicht. Die Partei schaffte es nicht, ihre Wähler zu mobilisieren, und sie verlor auf allen Seiten. Die Liste der Ursachen für diese Verluste ist lang und sie wurden in der Debatte nach den Wahlen in Deutschland wieder und wieder aufgezählt: das Schröder-Hartz-Erbe, das die Partei tief spaltete und der Partei Die Linke im Westen des Landes einen politischen Nährboden lieferte; die ideologisch bedingten Schwierigkeiten der Partei, sich selbst zu definieren; der Streit zwischen den verschiedenen Parteiflügeln und Personen über das Verhältnis zur Linken. Und selbstverständlich gehört zur Ursachenliste immer auch das Dilemma der Machtverhältnisse in der Regierungskoalition, oft als besonders wichtige Ursache bezeichnet: Als »Juniorpartner« in einer Koalition mit der CDU gab es für die SPD keine Hoffnung, nach der Wahl alleine oder zusammen mit dem alten Koalitionspartner, den Grünen, eine Regierung zu bilden. Die SPD und ihre führenden Politiker leisteten in der Koalitionsregierung gute Arbeit, nicht zuletzt beim Umgang mit der Finanzkrise, aber Wähler sind selten dankbar. Alles, was die SPD ihren zurückhaltenden Wählern zu bieten hatte, war ein »Weiter so«, also noch einmal eine große Koalition. Man kann gut verstehen, dass dies kein besonders verlockendes Angebot war.

Die Entwicklung des SPD-Stimmenanteils bei Wählerinnen und Wählern stimmt traurig: von 40 Prozent im Jahr 1998 auf 23,5 Prozent im Jahr 2009. Es gibt

selbstverständlich speziell deutsche Fragen, Probleme und Dilemmata, die diesen Absturz erklären, wie beispielsweise die Wiedervereinigung und deren tiefgreifende wirtschaftliche und politische Auswirkungen. Er ist aber auch Teil einer europäischen Entwicklung, bei der ein generelles Schwinden der sozialdemokratischen Machtbeteiligung in einer Reihe von Ländern seit dem Jahr 2000, als sie auf dem Höhepunkt ihrer Macht war, zu verzeichnen ist. Die norwegische rot-rot-grüne Regierung hat die Wahl 2009 lediglich um Haaresbreite für sich entschieden, der spanische Ministerpräsident José Zapatero ist zwar noch im Amt, in Griechenland hat Ministerpräsident Papandreou einen Erdrutschsieg errungen (mit speziell griechischen Fragen), aber ansonsten sieht das Zustandsbild der Sozialdemokratie in Europa eher sehr düster aus, und nahezu jeder geht davon aus, dass auch die Labour-Partei in Großbritannien die nächsten Wahlen 2010 verlieren wird.

Hinter dieser Entwicklung stehen wichtige, seit langem bekannte soziale, wirtschaftliche und kulturelle Veränderungen: der Niedergang der alten Industriegesellschaft und eine schrumpfende Arbeiterklasse, das Aufstreben einer stark konsumorientierten Gesellschaft mit ihrer individualistisch geprägten Kultur, ein weitverbreitetes generelles Misstrauen gegenüber Politikern sowie die Entwicklung der Mediengesellschaft. Diese, so drückt es der Soziologe Manuel Castells pessimistisch aus, »verwandelt Politik in Bilder, Tonausschnitte und Symbole«. Hinzu kommen fremden- und migrationsfeindliche Gefühle überall in Europa sowie das Aufkommen mehr oder weniger extrem rechtsgerichteter Parteien, die nicht nur traditionell nationalistische und rassistische Kräfte vertreten, sondern auch verärgerte und enttäuschte Wähler aus der Arbeiterschicht an sich binden, die sich nicht weiter von den modernisierten, elitären sozialdemokratischen Parteien vertreten fühlen. Glücklicherweise schnitten die rechten Parteien in Deutschland bei der letzten Bundestagswahl schlecht ab. Dazu sollte man den deutschen Wählern gratulieren. Viele eher traditionell sozialdemokratisch orientierte Protestwähler enthielten sich diesmal der Stimme und blieben zu Hause – oder wählten Die Linke.

Alle Parteien spüren die Auswirkungen solcher Faktoren gesellschaftlicher Veränderung, doch die Sozialdemokratie ganz besonders. Darüber hinaus hat sie auch ihren Zusammenhalt und ihre Autorität gegenüber der politischen Mentalität verloren, die die Welt seit über 20 Jahren dominiert: Diese ist geprägt durch die Ideologie der freien Märkte, der Deregulierung, der Privatisierung und des Kampfes gegen sogenannte »kollektive Strukturen« (gemeint sind die Gewerkschaften), die die Logik des Marktes

stören. Zu dieser Ideologie gehört auch die stets wiederholte Behauptung, dass die Nationalstaaten keine Rolle mehr spielen und dass das soziale Potenzial, das einem solidarisch orientierten Gesellschaftskonzept innewohnt, seine Macht verloren hat und durch die Disziplin des Marktes ersetzt werden muss. Die Sprache, das Verhalten, die Werte und die Symbole der Ökonomie haben alle Aspekte des Lebens durchdrungen, genauso wie die Vorstellung, dass Wettbewerb allen anderen Systemen und Prinzipien der gesellschaftlichen Organisationen überlegen ist. Die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen war nicht nur das Ziel von Unternehmen, sondern galt für die gesamte Gesellschaft; die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft wurde zum Maßstab ihrer Zivilisationsstufe.

Die Idealisierung des Wettbewerbs wurde zu einem Herzstück der europäischen Zusammenarbeit. Kein anderer Begriff hat in der europäischen Rhetorik und Praxis so viel Gewicht. Er ist sogar im Gesetz verankert. Wettbewerb soll in alle gesellschaftlichen Ebenen hineingetragen werden, auch in bis dato staatliche Aktivitäten. Die Rolle der Politik ist Anpassung an Mechanismen des Wettbewerbs als unhinterfragbare Tatsachen und, bis zu einem gewissen Grad, Umverteilung von Faktoren zwecks Anpassung an diese Tatsachen. All dies wurde als unbestreitbares Erfordernis hingestellt, so wie einst »die Wahrheiten« des wissenschaftlichen Sozialismus als unabdingbar galten.

Die europäische Sozialdemokratie hat sich in diesem Prozess durchaus gewissen Ideologien widersetzt, insbesondere der Idee, dass soziale Fürsorge dem wirtschaftlichen Fortschritt schade. Dennoch hat sie die grundlegenden Ideen akzeptiert, die aus einer vorrangigen Orientierung am Wettbewerbsdenken resultieren.

In der Erklärung von Lissabon vom Jahr 2000 werden sowohl das momentane Potenzial als auch die Grenzen der Sozialdemokratie deutlich aufgezeigt. Die Erklärung ist optimistisch formuliert und unterstreicht die Wichtigkeit von Arbeitsmarktpolitik und Bildung. Man befreite sich darin von der Idee, dass sozialpolitische Maßnahmen sich negativ auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken würden. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, war es eine sozialdemokratische Erklärung. Gleichzeitig aber war die Annahme impliziert, dass die gegenwärtige Wirtschaftspolitik unantastbar und unveränderlich sei. Die Struktur und der Weg zu wirtschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen waren außerhalb des politischen Umfelds bereits vorgegeben. »Wettbewerbsfähigkeit« war das Stichwort. Von Umverteilung und Gleichheit wurde bezeichnenderweise nicht gesprochen; vielmehr wurden die Begriffe ersetzt durch

»soziale Sicherung«, was etwas anderes ist und tatsächlich auch für die gemäßigte Rechte von Bedeutung ist.

Führende Sozialdemokraten verteidigten die bestehenden Regeln des Marktes, ohne die sozialen Bedingungen grundlegend zu kritisieren. Sie versuchten, die verschiedenen Sozialsysteme an neue Bedingungen anzupassen, sanierten Haushalte, rühmten die wirtschaftlichen Kräfte der Globalisierung und verschrieben sich dem Dogma, dass Arbeitslosigkeit grundsätzlich ein individuelles Problem sei, abhängig von den Fähigkeiten und vom Engagement des Arbeitslosen selbst. Der Arbeitslose musste beschäftigungsfähig gemacht und gezwungen werden, jegliche Arbeit anzunehmen. Die Rolle der Wirtschaftspolitik wurde reduziert auf strikte Fiskalpolitik im Einklang mit den Kriterien von Maastricht. Die Sozialdemokraten unterstützten das Aufkommen der starken Finanzmärkte mit all ihren »Innovationen« und hatten das Gefühl, nichts gegen die Doktrin des »Shareholder Value« oder den Niedergang der Gewerkschaften unternehmen zu können. Führenden Sozialdemokraten waren diese Entwicklungen sogar heimlich willkommen, da sie die politische Anpassung erleichterten, oder zumindest erleichtern sollten.

Es gab Gründe und Argumente für diese Politik, aber sie bedeutete auch, dass sozialdemokratische Politiker als effiziente Verwalter des bestehenden Systems angesehen wurden, die für einen Kapitalismus mit sozialem Gesicht standen, aber keine Ambitionen für strukturelle Veränderungen oder Einsatz für die wachsende Zahl der Verlierer und hart arbeitenden Menschen in Armut zeigten. Sie versäumten, die neue Spaltung der Klassen anzusprechen, und verloren ihr soziales Mitgefühl und ihre Empörung – oder zumindest sah es so aus. Die Kluft zwischen den Wahlversprechungen in alter Tradition – z. B. während der Wahlkampagne von Gerhard Schröder 2005 – und der Realität alltäglicher Politik wuchs kontinuierlich und mit ihr die Enttäuschung der Wähler.

Die Politik der Anpassung an die Globalisierung, keine eindeutigen alternativen Politikentwürfe und der Unwille, soziale und wirtschaftliche Konflikte in der Gesellschaft auszusprechen, trugen ohne Zweifel dazu bei, dass die trennende Linie zu den konservativen Parteien, die sich geschickt zur Mitte bewegt hatten, verschwamm. Viele Wähler gewannen den Eindruck, dass es wirklich keinen Unterschied gab und dass es nicht darauf ankam, wie oder ob man wählte. Insbesondere in Deutschland, wo eine große Koalition regierte, war dieses Gefühl aus erklärlichen Gründen besonders stark ausgeprägt. Viele verloren den Glauben an die Sozialdemokratie und an ihre

Fähigkeit, Ideen für eine gute Gesellschaft zu entwickeln und dafür einzustehen.

Der Zusammenbruch des Finanzkapitalismus und dessen enorme Auswirkungen veränderten die politische Atmosphäre in der Welt mit einem Schlag. Und viele Kommentatoren erkannten richtig: Zu einem Zeitpunkt, da wichtige Dogmen des regierenden neoliberalen wirtschaftspolitischen Paradigmas fragwürdig wurden, da der Glaube an die wundersame Kraft der Märkte, sich selbst zu regulieren, verflüchtigte und der Staat wieder auf die Bühne zurückkehrte, verstand die Sozialdemokratie es nicht, die Wähler zu gewinnen. Sie wurde vielmehr als Teil des Systems wahrgenommen und für dessen Folgen mitverantwortlich gemacht. Führende Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung reagierten sofort; ergriffen Maßnahmen gegen die Krise und schlugen zahlreiche wichtige Regulierungen und Aktionen zur zukünftigen Überwachung der Finanzmärkte vor. Jedoch wurde bisher nur wenig über die generellen, allgemeinen und besonderen, ideologischen und alltagspolitischen Auswirkungen der Krise gesprochen.

Kurz: Der schwere Rückschlag für die SPD ist tatsächlich Teil einer europäischen Entwicklung. Selbstverständlich wird durch ihn die Sozialdemokratie überall weiter geschwächt werden – hinzu kommt noch die wahrscheinliche Niederlage der britischen Labour-Partei im Jahr 2010.

Angesichts der herben Wahlniederlage der SPD wird die Partei sich notgedrungen Zeit lassen müssen, um zu verstehen, was geschehen ist und was getan werden muss. Der Schock muss erst einmal verarbeitet werden. Es wäre vermessen, als Außenstehender Ratschläge zu erteilen. Natürlich ist es immer ratsam sich umzuschauen, um zu sehen, was man von anderen sozialdemokratischen Parteien lernen kann, aber die Erfahrung ist überall mehr oder weniger ähnlich, wenn es auch immer nationale Eigenheiten zu berücksichtigen gilt. Allen europäischen sozialdemokratischen Parteien gemein ist die ideologische Unsicherheit. Es gibt kein klares politisches Rezept zur Auflösung der Dilemmata oder zur Vermittlung widersprüchlicher Ansichten.

Es gibt dennoch zwei Erfahrungen aus Schweden und Norwegen, die es wert sind, beachtet zu werden. Warum verloren die schwedischen Sozialdemokraten die Wahl 2006 trotz florierender Wirtschaftslage? Wie immer in solchen Situationen spielten nationale Eigenarten, eine Reihe von »Affären« und auch Personenfragen eine Rolle. Aber es gab auch das Gefühl unter den vielen traditionell sozialdemokratisch orientierten Wählern, dass die Partei ihre grundlegenden Werte verloren hatte und sich nicht mehr für diejenigen einsetzte, die nur wenig von dem rasanten

wirtschaftlichen Aufschwung profitierten, oder für die Arbeitslosen und an den Rand der Gesellschaft gedrängten. Die konservative Partei hatte es zudem verstanden, sich den Anstrich einer Partei der sozialen Fürsorge zu geben. Das verhalf ihnen zum Sieg.

Norwegen bietet grundsätzlich eine gleiche Erfahrung. Die Sozialdemokraten hatten mit den Linken und den Grünen regiert und wurden wiedergewählt. Die Wiederwahl einer Regierung ist in Norwegen sehr selten, sodass der Machterhalt als ein Erfolg angesehen werden kann. Die Sozialdemokraten in der Regierung waren bei der Folgewahl erfolgreich, obwohl ihre Politik nicht besonders links, sondern eher »mittellinks« ausgerichtet war, aber die Wähler – beziehungsweise genügend viele Wähler – hatten das Gefühl, dass die Sozialdemokraten ihren Werten treu geblieben waren und für sie einstanden, zum Beispiel beim Auftreten gegen die populistische, migrationsfeindliche Framskrittpartiet. Das wurde belohnt.

Die sozialdemokratischen Parteien in Europa beschäftigten sich, wie alle anderen Parteien, mehr und mehr mit Meinungsumfragen, bemüht herauszufinden, was die mysteriöse Mittelschicht wirklich wollte. Dann passten sie ihre Politik an das an, was sie für den »bürgerlichen Weg« hielten. Das war, so glaube ich, ein großer Fehler. Erstens gibt es keine einheitliche Mittelschicht, zweitens ist der einzige Weg nach vorne für die Sozialdemokratie eine Schichten übergreifende Politik, die auch die Wähler in der mittleren Einkommensschicht davon überzeugt, dass der vorsorgende Sozialstaat mit einer starken sozialen und kulturellen Infrastruktur und verringerten Einkommensunterschieden auch in ihrem Interesse ist.

Es liegt auf der Hand, dass die europäische Sozialdemokratie ihre Politik von Grund auf überdenken und neu gestalten muss, wenn sie als eine der wichtigsten politischen Kräfte in Europa überleben will. Vor allem muss sie ihr ideologisches Selbstbewusstsein wiedererlangen und zu ihren Grundwerten und historisch gewachsenen Aufgaben zurückfinden. Diese sind grundsätzlich die gleichen wie zuvor: Schutz der Gesellschaft vor den alles vereinnahmenden wirtschaftlichen Interessen, Regelung dieser Kräfte in einer gemischten Wirtschaft, Förderung der Chancengleichheit und Erzielung notwendiger Kompromisse zwischen den sozialen Schichten. Die Idee der gemischten Wirtschaft muss als neue politische Aufgabe formuliert werden und bedarf eines neuen Energiestoßes. Die sozialdemokratischen Parteien müssen deutlich machen, dass eine für sie abgegebene Stimme zählt und dass die Zukunft nicht vorherbestimmt ist. Die Sozialdemokratie muss viel energischer den Finger in die Wunden der Gesellschaft legen, die Aufmerksamkeit auf soziale Konflikte und

Ungerechtigkeiten lenken, um dann mit konkreten politischen Aktivitäten dagegen anzukämpfen. Die Wähler müssen erkennen, dass sozialdemokratisches Handeln mit sozialdemokratischen Werten und Worten übereinstimmt und dass es sich von der diffusen Politik unterscheidet, die eine nicht eindeutig definierte »linke Mitte« betreibt.

Wie in der Vergangenheit wird es immer Kompromisse geben. Das Weltsystem zeigt nach wie vor Grenzen auf, und kein Einzelstaat kann alleine seine Geschicke lenken. Internationalismus und europäische Kooperation sind wichtig, aber sie dürfen nicht im Gegensatz zu den maßgebenden nationalen Politiken stehen. Im Gegenteil. Es ist naheliegend, dass eine Politik, die von der Dynamik des Kapitalismus profitieren und diese gleichzeitig einschränken will, stark international ausgerichtet sein muss; dieser Internationalismus muss sich jedoch auf die Werte der Demokratie stützen und nicht auf die des Kapitals.

Die Sozialdemokratie muss dem Wähler deutlich zu erkennen geben – und dabei müssen die Erfahrungen aus der Finanzkrise zur Hilfe genommen werden – dass die nationale politische Entscheidungsfindung immer noch von großer Bedeutung ist. Der Gedanke, dass die Globalisierung die Umverteilung und den vorsorgenden Sozialstaat unmöglich macht, basiert mehr auf einer marktliberalen Ideologie als auf wirtschaftlichen Erfordernissen.

Die Sozialdemokratie muss ferner eine offene Debatte über die sozialen Herausforderungen, Spannungen und Konflikte, die aus einem multikulturellen Europa entstanden sind, führen und diese angehen. Ich behaupte nicht, dass dies einfach ist, aber es muss getan werden – und zwar von der Sozialdemokratie. Fremdenfeindlichkeit, die Bedrohung durch den Terrorismus und nervös agierende Regierungen sind eine verhängnisvolle Kombination in einem Europa, in dem die Menschenrechte zu den neu erworbenen Werten gehören. Die europäischen Staaten tragen ein entsetzliches Erbe. Hier gab es die schlimmsten totalitären Regimes; hier waren Rassismus und koloniale Mächte zu Hause, die plünderten und schändeten; hier gab es Polizeigewalt und langjährige autoritäre Traditionen. Die Kräfte der europäischen Reaktion entfalten stets eine heftige Wirkung.

Die europäische Sozialdemokratie muss entschlossen und resolut einen neuen Kurs einschlagen und damit zeigen, dass sie die Gefährdung der Demokratie und der Menschenrechte ernst nimmt. Es müssen große Anstrengungen unternommen werden, um Einwanderer aus der wirtschaftlichen Marginalisierung und kulturellen Isolation herauszuholen. Es gibt latent bedrohliche Konfrontationslagen in der modernen europäischen Gesellschaft, und wenn deren

Folgen (von Verelendung bis zu Gewaltentladungen) abgewendet werden soll, bedarf es weitreichender und umfangreicher Beschäftigungs- und Wohlfahrtsprogramme: zukunftsweisende Schulen, ein nachhaltiges Gesundheitswesen, eine offene Kultur, gut geführte Behörden und eine Justiz, der die Menschen vertrauen. Das ist die große soziale Aufgabe unserer Zeit. Viele Studien belegen, dass eine geringere Spaltung der Gesellschaft und besserer Zugang zum Sozialsystem für die gesamte Bevölkerung mehr als alles andere auch die Abspaltung und Isolation der Gruppen bekämpft, die sich bereits ausgeschlossen fühlen.

Die Sozialdemokraten müssen der Bevölkerung auch sagen, dass die globale Umweltschädigung nicht ohne grundlegende Veränderungen in unser aller Konsumverhalten, in den Produktions- und Transportprozessen, verhindert werden kann und dass diese Veränderungen hohe Kosten mit sich bringen werden, die gerecht verteilt werden müssen. Sozialdemokraten müssen die Menschen daran erinnern, dass sie als Bürger Verantwortung nicht nur für sich selbst und ihre Familien tragen, sondern für die gesamte Gesellschaft, heute und in Zukunft.

Wenn die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus ihrer Niederlage heraus solch einen Kurs einleiten würden, wäre dies von großer politischer Bedeutung für ganz Europa.

2 Modernisierung oder Rückzug? Die größten Dilemmata der Sozialdemokratie im Jahr des Wahldebakels

Von Ferenc Gyurcsány

91; 87; 87; 81; 77; 78; 76; 77; 70; 57.

Lottozahlen? Nein. Ein Code? In etwa. Kryptologen werden ihn allerdings kaum entschlüsseln können. Bei diesen Zahlen handelt es sich um die addierten (und gerundeten) Wahlergebnisse der beiden größten deutschen Parteien seit 1976, als sich beide auf dem Höhepunkt ihrer Macht befanden. Oberflächlich ist der Code leicht zu entziffern: Er bedeutet Niedergang. Einen schrittweisen aber massiven Rückgang des Wählerzuspruchs, den die beiden großen deutschen Parteien bis zu den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts genossen hatten.

Sinkende Dominanz der großen Parteien

Wenn man allerdings hinter die reinen Zahlen schaut und versucht, ihre Bedeutung in Koalitionsgewichten und bei der Regierungsbildung zu verstehen, muss man sich zuerst statt der politikwissenschaftlichen ein paar soziologische Faktoren ansehen. Die Veränderungen in der Parteienlandschaft lassen sich hauptsächlich auf soziologische Faktoren zurückführen. Die weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen wirken sich nun auch auf die Politik aus. Die entwickelten, postmaterialistischen Gesellschaften von heute sind immer weiter zersplittert und verfügen nicht mehr über den großen Zusammenhalt, der für das Aufkommen der großen Volksparteien links und rechts der Mitte gesorgt hat. Mit dem langsamen Verschwinden der traditionellen Arbeiterklasse und der steigenden Fragmentierung der bürgerlichen Mittelschicht fehlt es mittlerweile allen Volksparteien an der gesellschaftlichen Basis, die sie brauchen, um auch weiterhin ihre gewohnte Unterstützung zu genießen. Der gleichzeitige Anstieg von unabhängigem (oder wechselhaftem) Wählerverhalten wird gelegentlich auch den Volksparteien Wahlergebnisse beschern, die sich im historischen Vergleich noch sehen lassen können, aber solche Höhenflüge bleiben zukünftig im allgemeinen Einzelercheinungen.

Hier findet sich *ein Teil* der Erklärung für das Wahlergebnis der SPD im September 2009. Auf der anderen Seite kann man die Tatsache nicht schönreden, dass es ein Debakel war. Die SPD ist bei weitem der größte Wahlverlierer und hat links wie rechts Wähler verloren, nicht zu vergessen auch Stammwähler.

Gleichzeitig wäre historisch gesehen aber auch ein um 10 % besseres Ergebnis, das in der Partei und bei allen Analysten noch als Erfolg gegolten hätte, ein Desaster gewesen. Mit der Ausnahme der Wahlen von 1990, die wegen der Wiedervereinigung höchst ungewöhnliche Ergebnisse gezeitigt hatten, wäre auch ein solches Ergebnis noch ein Tiefpunkt in einer fast fünfzigjährigen Geschichte gewesen. Um den nicht zu leugnenden Wahlsieg der Christdemokraten in Perspektive zu setzen, sollte man sich jedoch folgendes vor Augen führen: 1994, als die letzte CDU/CSU-FDP-Regierung ihre Wahl gewonnen hatte, bekamen die christlichen Parteien mehr als *sechsmal* so viele Stimmen wie die Liberalen. Dieses Mal hat die CDU/CSU die Wahl mit ihrem schlechtesten Ergebnis seit 1953 »gewonnen« und nur wenig mehr als doppelt so viele Stimmen auf ihre »Volkspartei« vereinen können als die Liberalen. Nur im Vergleich zum Absturz der SPD konnten die Christdemokraten das noch als Sieg verbuchen.

Bevor ich auf die gegenwärtige missliche Situation der SPD (und der europäischen Sozialdemokratie insgesamt) eingehe, möchte ich diesen Punkt kurz etwas genauer ausführen. Zwar haben die großen Parteien verstanden, dass die Interessen der Wähler immer vielfältiger werden, sowohl rein materiell und im Hinblick auf den Wohlstand als auch besonders im Bezug auf Werte und Ideologien. Aber sie tun sich dennoch schwer, all ihre verschiedenen Wählerschichten gleichzeitig zufrieden zu stellen. Diese wandern immer öfter zu kleineren Parteien ab, deren Programme mehr ihren Vorlieben entsprechen. Der Drang, große Parteien zu verlassen und stattdessen kleinere, »spezialisierte« Parteien zu unterstützen, ist größtenteils ein soziologischer Prozess, gegen den sich die großen Parteien nur schwer wehren können: Würden sie die Ausrichtung ihrer Politik der jeweiligen Richtung anpassen, verlören sie die Wähler der anderen Seite. Wagten sie dagegen einen Spagat zwischen den verschiedenen Interessen, würde das den Verlust ihrer politischen Schlagkraft auf allen Seiten bedeuten.

Die jüngsten Entwicklungen in Deutschland auf der rechten als auch auf der linken Seite beweisen dies. Der überwältigende Erfolg der deutschen Liberalen scheint ein strategischer Sieg für die Befürworter eines uneingeschränkt freien Marktes zu sein. In Wahrheit jedoch stolpert die FDP genauso ahnungslos von Sieg zu Sieg, wie sie zuvor Niederlagen

Ferenc Gyurcsány,
ehemaliger Ministerpräsident von Ungarn und Vorsitzender der Mihály-Táncsics Stiftung.

gesammelt hat. Obwohl es stimmt, dass das marktfreundliche Profil der FDP sich in der Opposition geschärft hat, scheint es doch so, dass die wirtschaftsliberalen Wähler weniger dies belohnt als sie vielmehr die CDU/CSU dafür abstrafen, in ihren Augen den Markt nicht nachdrücklich genug verteidigt und auf die Wirtschaftskrise mit wachsenden keynesianischen Tendenzen reagiert zu haben. Dies erscheint plausibler als die Annahme, dass es plötzlich trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise mehr Wähler gibt, die eine Laissez-faire-Politik bevorzugen. Tatsächlich scheint die Botschaft bei den Christdemokraten angekommen zu sein: Sie haben es anscheinend aufgegeben, die liberalen Wähler wie zuvor 2005 – mit katastrophalen Wahlergebnissen – zu umwerben, und konzentrieren sich stattdessen auf die Segmente der Mittelschicht, die ein vernünftiges Eintreten für den Sozialstaat wollen (bis hin zu dessen Erweiterung in gewissen Schlüsselbereichen wie Familienvorsorge), gekoppelt mit wirtschaftlicher Verantwortung. Im Übrigen unterscheidet sich dieses Ziel nicht besonders von dem der Sozialdemokraten, für die dieser Ansatz der Christdemokraten, wenn er erfolgreich ist, einer der bedeutendsten strategischen Herausforderungen darstellt. Peer Steinbrück nannte dies die »Sozialdemokratisierung der christdemokratischen Parteien«. Nachdem sie in den 1980er und 1990er Jahren junge, linksliberale Wähler an die Grünen verloren hatte (und dies auch weiterhin tut), erlebt die SPD nun einen ähnlichen Prozess mit der Linken, die ihnen die Wähler vom linken Flügel abschöpft.

Gegen den Trend

Wenn die strukturelle Basis der SPD von Anfang an kleiner war und nun noch schneller zu schrumpfen scheint als die der Christdemokraten, wie kann die SPD oder die Sozialdemokratie als Ganzes diesem Trend nun entgegenwirken? Die kurze Antwort ist: gar nicht. Es ist unwahrscheinlich, dass das gesamte linke Spektrum vom zur Mitte orientierten Flügel der Grünen bis hin zum äußeren Rand der Linken jemals für ein und dieselbe Partei stimmen wird. Die längere Antwort ist, dass die Sozialdemokraten beides brauchen: eine neue Zukunftsvision *und* charismatische Führungspersonen, die diese Botschaft transportieren können. Erfolgreiche Staats- und Regierungschefs wie Blair, Schröder, Zapatero und Obama (und ihre glücklosen Kollegen) haben es wieder und wieder demonstriert: Das Eine geht nicht ohne das Andere. Viele unabhängige Wählerinnen und Wähler fühlen sich von Kandidaten mehr angesprochen als von Pro-

grammen oder glauben dem Programm nicht, wenn es nicht von einem überzeugenden Kandidaten vertreten wird. Gewinnende Persönlichkeiten sind hier der Schlüssel, um die vielfältigen Bedürfnisse der Parteibasis und der Wechselwähler zu befriedigen. Im Zweifel ist sogar ein leicht ketzerischer, charismatischer Kandidat mit einem guten Maß an Unabhängigkeit besser als ein zuverlässiger Parteisoldat, der es nicht schafft, die Botschaft der Partei durch ein starkes persönliches Auftreten zu transportieren.

Eine häufig vorgeschlagene Lösung für das Dilemma der SPD ist ein entschlossener Linkskurs. Die SPD befindet sich ständig im ideologischen Kreuzfeuer der linken und rechten Flügel der Partei, und einige haben das Gefühl, dass das Zusammentreffen zweier wichtiger Faktoren – die Wirtschaftskrise und die Niederlage der Partei nach einer über zehn Jahre andauernden Dominanz des rechten Flügels – der SPD nun eindeutig den Weg in die andere Richtung weisen sollte. Diese Auffassung wird zwar nicht überall vertreten, aber es ist klar, dass die Parteilinke jetzt eine stärkere Position innehat als vorher. Ein besseres Gleichgewicht in der Verteilung von Posten mag wünschenswert sein, aber eine völlige Neuausrichtung der SPD ist weder aus ideologischen noch aus strategischen Gründen ratsam. Ideologisch gesehen hat die linke Politik nicht mehr zu bieten als das, was bereits gelegentlich – in der Regel erfolglos – versucht worden ist: Eine gewaltige Ausdehnung des Staates zu Lasten des Marktes ist einfach nicht mehr vorstellbar. Unter anderem würde ein solches Vorgehen die Wettbewerbsfähigkeit einschränken, Arbeitsplätze und damit die wichtigste Quelle für wirtschaftlichen Wohlstand in modernen Gesellschaften gefährden, und letzten Endes denjenigen schaden, denen man eigentlich helfen will.

Gleichzeitig wird selbst außerhalb der SPD kaum noch bestritten, dass der Staat eine stärkere Rolle bei der Regulierung und Überwachung der Märkte spielen muss. Der Teufel steckt oft im Detail, aber die Wahrheit ist, dass die sozialdemokratische Politik und Ideologie wenig Spielraum haben: Einerseits wird er von der Unmöglichkeit begrenzt, die Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend zu verändern, und andererseits davon, dass man weder Marktversagen ignorieren noch unbegrenzt den Sozialstaat einschränken kann, was zu einer Situation führen würde, in der große Teile der Öffentlichkeit den Schwankungen auf den Märkten hilflos ausgeliefert wären.

Einen Moment lang mag man versucht sein, der SPD aus strategischen Gründen zu raten, die Linke ideologisch zu attackieren, um so viele Wähler wie möglich vom linken Flügel des politischen Spektrums

abzuziehen oder zurückzugewinnen. Dies erscheint um so verlockender, da nicht zu leugnen ist, dass ein bedeutender Anteil der nahezu 12 Prozent, die sich auf die Seite der äußeren Linken geschlagen haben, in den letzten zwei oder drei Wahlen SPD gewählt haben – diese Wähler machen allein einen großen Anteil der Verluste der SPD gegenüber ihren eindrucksvollen Wahlsiegen 1998 und 2002 aus. Ein aggressives Abwerben der Wähler von den Linken könnte der einfachste Weg sein, die SPD zurück in die komfortable Zone von 30 % der Stimmen und mehr zu hieven.

Wohin würde das die SPD und die linken Parteien im Allgemeinen im Hinblick auf ihre politische Durchsetzungsfähigkeit führen? Betrachten wir es einmal so: Auf der einen Seite würden die Sozialdemokraten auch an die Grünen und an die CDU/CSU Wähler verlieren, wobei Letzteres die gesamte Stärke der linken Parteien schwächen würde (man darf nicht vergessen, dass auch mit den diesjährigen düsteren Ergebnissen die linken Parteien weiter stark sind und ihre Ergebnisse der letzten Jahrzehnte gezeigt haben, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung links denkt: 1998: 53,3 %; 2002: 51,1 %; 2005: 51 %; 2009: 45,6 %). Durch die Schwächung der Linksparteien hätte es auch die SPD schwerer, mit anderen Parteien zu koalieren und die Politik, die ihr am Herzen liegt, durchzusetzen. Trotz aller Probleme, denen sich die SPD gerade gegenüber sieht, ist sie die einzige Partei im Parlament, die ohne Schwierigkeiten mit jeder anderen Partei im Bundestag koalieren könnte, was sie auf Länderebene ja auch regelmäßig tut. Obwohl sich die Grünen entschlossen dahin bewegen, ein möglicher Partner für linke *und* rechte Parteien zu werden, fällt es der SPD immer noch leichter, sowohl mit der CDU als auch mit der Linken zu koalieren. Die strategische Position der Mitte innerhalb des deutschen Politikspektrums gibt der SPD die Möglichkeit, öfters an die Regierung zu kommen und lässt ihr mehr Spielraum für die Wahl der Koalitionspartner, womit sie auch mehr Einfluss gewinnen kann, um progressive Politik umzusetzen.

Ein europäisches sozialdemokratisches Dilemma: Der Spagat zwischen Modernisierung und Tradition

Die Ergebnisse der Bundestagswahl und die Niederlage der SPD sind nicht nur für die linke Politik in Deutschland ein Schlag, sondern auch für die europäische Sozialdemokratie allgemein. Sollte die Labour-Partei im nächsten Jahr ebenfalls verlieren, wären in keinem großen EU-Land – Deutschland, Frankreich,

Italien und Großbritannien – Sozialdemokraten an der Regierung beteiligt. Labour schneidet durchweg bei Umfragen schlecht ab, die Progressiven in Frankreich und Italien waren bisher nicht in der Lage, sich von ihren jeweiligen Wahlniederlagen zu erholen, und es gibt wenig Hoffnung, dass sich diese schwierigen Zeiten bald ändern werden – ganz zu schweigen davon, dass sogar ein einzelner Sieg wenig an dieser europaweiten Bilanz verändern würde, die aus progressiver Sicht miserabel ist (weniger als ein Drittel der europäischen Regierungschefs repräsentieren Mitgliederparteien der SPE). Zusammen mit dem deutlichen Vorsprung, den die Konservativen jetzt auch im Europäischen Parlament genießen, werden sich die Auswirkungen dieser konservativen Überlegenheit auch in der von der EU ausgehenden Gesetzgebung niederschlagen. Da die EU ihre eigenen Schlüsse aus der Wirtschafts- und Finanzkrise zieht, und da die europäischen Länder ihren Beitrag zu der Entwicklung von Krisenpräventionsmechanismen in zahlreichen internationalen Institutionen und Foren leisten, werden die Sozialdemokraten viel weniger tun können, als es noch vor ein paar Jahren der Fall gewesen wäre.

Der Zeitpunkt ist äußerst unglücklich, da vieles, was jetzt politisch in die Wege geleitet wird, über Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte, den internationalen Handel, die Finanzen und die wirtschaftspolitischen Vorschriften prägen wird. Genauso wie die Sozialdemokratie politisch geschwächt ist, wird auch der sozialdemokratische Einfluss auf diese politischen Entscheidungen geschmälert.

Weil Sozialdemokraten die Ursachen der Krise entschlossener ansprechen als ihre konservativen oder liberalen Gegner, fürchte ich, wird dieser Einfluss schmerzlich vermisst werden, vor allem wenn das internationale Finanzsystem aufgrund unzureichender Regulierung erneut zusammenbricht und die Realwirtschaft sowie die Schicksale von Millionen hart arbeitender Bürger mit sich zieht. Die kommenden Jahre werden für die europäischen Sozialdemokraten sehr frustrierend sein, aber ganz am Ende wird sich die Chance eröffnen, die Einzelteile aufzusammeln und die Dinge, die falsch gelaufen sind, wieder ins Lot zu bringen – sowohl ideologisch als auch strategisch. Da die Sozialdemokratie im größten und einflussreichsten EU-Land für die Entwicklung fortschrittlicher Politik auch anderswo enorm wichtig ist, werden die programmatische Ausrichtung und die politischen Antworten der SPD weit über Deutschland hinaus Wirkung zeigen. Eine der Schlüsselfragen ist, wie sie die Zerstrittenheit der Parteiflügel auflösen wird, und welche Lösungsansätze sich daraus für die beängstigenden Herausforderungen der sozi-

alen und wirtschaftlichen Modernisierung ergeben werden.

Auch wenn es einige grundsätzliche Unterschiede gibt – die internen Querelen zwischen dem linken und rechten Flügel der Partei haben die SPD und die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) gemein. In den vergangenen Jahren haben selbst ernannte Retter der MSZP versucht, die Partei mehr nach links zu rücken, weg von der neoliberalen Politik, die in ihren Augen der Hauptgrund für die Unbeliebtheit der sozialistisch geführten Regierungen darstellte. Anstatt das Image einer innerparteilichen Demokratie und eines internen Diskurses zu transportieren – was in diesen Debatten bis zu einem gewissen Grad notwendig ist – hat die ständige Streiterei beim Wähler den Eindruck hinterlassen, dass die betreffenden Parteien nicht in der Lage sind, einen klaren Kurs vorzugeben, und mehr mit ihren eigenen, internen Debatten (und der damit verbundenen Verteilung von Parteien- und Regierungsposten) beschäftigt sind als mit den Fragen der Nation.

Leider ist es nicht möglich, solche Debatten zu verhindern, aber es ist für alle Seiten wichtig, sich mit gewissen Gegebenheiten zu arrangieren. Dazu gehört vor allem die Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen Staat und Markt herzustellen, zwischen Modernisierung des Landes und Wahrung der wichtigsten sozioökonomischen Traditionen – insbesondere des Sozialstaatsprinzips. Jedem ist klar, dass für die Sozialdemokraten vor allem die Vereinbarung der letzten beiden Bereiche schwierig ist, da ein wesentlicher Teil ihrer bestehenden und umworbenen Wähler sich nicht beides herbeisehnen, sondern vielmehr das eine *ohne* das andere wollen. Wie stark die Trennung zwischen den fortschrittlichen Intellektuellen (und auch den jungen Wählern der Mitte) und den traditionellen sozialdemokratischen Wählern ist, wurde in einem Artikel des deutschen Politikwissenschaftlers Franz Walter deutlich, der 2004 mit Sigmar Gabriel (zum jetzigen Zeitpunkt designierter SPD-Vorsitzender) zusammentraf. Walter erklärte, was in seinen Augen das Wesentliche an der SPD-Politik sei und was ihr fehlte, als er sich plötzlich in Gabriels Schlepptau auf Bürgerversammlungen der SPD wiederfand, deren Verlauf ganz anders war, als er sich das vorgestellt hatte: »[Gabriel und ich] hatten über die langen Perspektiven, die Ziele, die originären Inhalte, über couragierte Neuerungen der Sozialdemokratie parliert. Das hatte ich als Parteienforscher schließlich der SPD und ihrem Kanzler zuvor zum Vorwurf gemacht, dass ihrer Politik der rote Faden fehlte, die konzeptionelle Richtschnur abging. Doch wann immer Gabriel nun als Redner solche Refrains anschlug, schunkelte das ganz überwiegend ältere Pub-

likum partout nicht mit. Die Gesichter verschlossen sich stattdessen, als Gabriel donnernd rief, wie wichtig die Sozialdemokratie als Emanzipationsbewegung sei, die darum auf Bildung setze, auf Sprachförderung, auf Kitas« (*Spiegel Online*, 08.10.2009). Linkswähler beschäftigen sich wohl eher mit den alltäglichen Dingen, für die die Sozialdemokraten *scheinbar* nicht genügend Begeisterung aufbringen können.

Die SPD hat die dynamischen, jungen, fortschrittlichen Wähler an die Grünen verloren, die verärgerten Linkswähler an die Linkspartei, und viele der Übrigen sind aus Enttäuschung und Passivität weggeblieben. Anscheinend blieben ihr hauptsächlich die älteren Wähler und diejenigen mittleren Alters treu, von denen viele sich eher nach einer traditionell sozialdemokratischen Politik sehnen anstatt nach ideologischen Innovationen. In einer Zeit tiefgreifender Veränderungen haben viele Wähler, vor allem diejenigen mit sozialdemokratischer Bindung, eine ausgeprägte Sehnsucht nach Stabilität, Sicherheit und Bestätigung durch die Politik. Reden über die Zukunft reicht dafür allein nicht aus. Gleichzeitig aber wird eine althergebrachte Sozialpolitik ohne Berücksichtigung der Veränderungen und das Suggestieren möglicher Beständigkeit nicht die Interessen der dynamischen, jungen Mittelschicht wecken, die sich mehr oder weniger in der sich wandelnden Welt zu Hause fühlt und sich bemüht, diese mit vielen neuen Ideen zu durchdringen. Als Herausforderungen der post-industriellen Gesellschaft empfinden sie dabei die Bereiche Umwelt, Bildung und Kinderbetreuung, Frauenpolitik, soziale Integration und den kulturellen Austausch. Auch wenn es einige inhärente Konflikte zwischen den Interessen der traditionell denkenden und denen der modern ausgerichteten progressiven Wähler gibt, schließen sie sich auf keinen Fall gegenseitig aus. Sozialdemokratie in Deutschland und anderswo muss politische Lösungen und vor allem die kommunikativen Mittel finden, die beiden miteinander auszusöhnen, und es schaffen, die Wählerschichten davon zu überzeugen, dass die Sozialdemokratie die politische Kraft ist, die für ihre Bedürfnisse und Interessen einsteht und auch bestens ausgestattet ist, diese politisch durchzusetzen.

Die Sozialdemokratie kann nicht anders als sich der Modernisierung zu stellen, und ihre Vision für die Zukunft kann sich nicht nur um den traditionellen Sozialstaat drehen, sondern muss darüber hinaus viel mehr bieten. Wie es Peer Steinbrück in seiner Rede vor dem Parteipräsidium sagte: »Die SPD muss die Kraft sein, die den Fortschrittsbegriff ausfüllt. Sie muss so wie in den früheren Jahrzehnten mit Fortschritt identifiziert werden. Natürlich nicht allein in einem platten ökonomischen Verständnis, sondern

auch in einem technischen, kulturellen und gesellschaftlichen Sinn« (*Spiegel Online*, 12.10.2009).

Jetzt ist es Zeit herauszufinden, wie diese Zukunftsvision am besten formuliert werden kann, so dass die Sozialdemokratie wieder für breite Schichten unter den fortschrittlich denkenden Wählern in einer immer weiter gespaltenen und zersplitterten Gesellschaft attraktiv wird. Jeder politischen Kraft, die Veränderungen herbeiführen und die Interessen der Wähler wahren will, ist Oppositionsarbeit ein Graus. Opposition bedeutet, dass die Partei über Jahre hinweg immer mehr an der Kraft verlieren wird, für das einzustehen, was sie für richtig hält. Trotzdem ist die

Opposition vielleicht einer Regierungskoalition vorzuziehen, die die Partei aufreibt, ohne die Möglichkeit einer programmatischen Neuausrichtung zu bieten. Langfristige Regierungsverantwortung mit Innovationen und Erneuerung zu verbinden, ist die größte politische Herausforderung von allen, und nach elf Jahren scheint die SPD von diesem Kampf aufgebraucht worden zu sein. Wir hoffen inständig, dass die nächsten Jahre dazu dienen werden, die Visionen und Politiken der Sozialdemokratie in Deutschland und Europa zu schärfen, so dass die SPD bald wieder zur stärksten Partei in Deutschland wird.

3 Die SPD und das Debakel der Bundestagswahl 2009: Eine Gelegenheit zur Erneuerung

Von William Paterson & James Sloam

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 war für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) verheerend. Deutschlands älteste Partei fuhr mit nur 23 % der Wählerstimmen ihr schlechtestes Wahlergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik ein (2005 waren es noch von 34 %) (SBD 2009a und 2009b). Außerdem verschleierte die Wahlbeteiligung, die einen historischen Tiefstand erreichte, das tatsächliche Ausmaß des SPD-Ergebnisses, denn die Partei verlor über sechs Millionen Wähler, entweder weil sie zu Hause blieben oder weil sie einer anderen Partei ihre Stimme gaben (fast 40 % der 16 Millionen Deutschen, die nur vier Jahre zuvor für die Partei gestimmt hatten) (Ibid.). Für die deutsche Parteipolitik – an politische Erdbeben nicht gewöhnt – markiert dies eine außergewöhnliche Wende der Ereignisse. Sowohl das Vertrauen in die Kompetenz und die Glaubwürdigkeit der SPD als auch die Identifikation mit ihren Werten waren zutiefst erschüttert. Die Verluste unter den jüngeren Wählern waren besonders gravierend. Während die von der SPD inspirierten Reformen des Sozialstaates (insbesondere die Arbeitslosenunterstützung und die Regelung der Altersversorgung) die Grenzen nach Mitte-Rechts verwischten, unterminierte strategische Ungewissheit (veranschaulicht durch den Umgang der SPD mit der Linken, was 2008 zu dem Debakel nach der Landtagswahl in Hessen führte) die Glaubwürdigkeit der Partei. Die daraus resultierende Katastrophe löste ein Flut politischer Kommentare aus – vom *Spiegel* bis hin zur britischen Ausgabe der *Financial Times* – die über ein »Ende der Sozialdemokratie« spekulierten (Dahrendorf 1990).

Obwohl wir die verheerende Natur dieser Niederlage nicht herunterspielen möchten, meinen wir doch, dass sie im größeren Kontext langfristiger Entwicklungen in der deutschen und europäischen Politik gesehen werden muss: der Niedergang der deutschen Volksparteien (und der Aufstieg der drei kleineren Parteien) sowie die Veränderung der Rolle der politischen Parteien im Allgemeinen und der sozialdemokratischen Parteien in der modernen Politik. Der erste Abschnitt dieses Artikels setzt sich mit dem Aufstieg und Fall der SPD in den 1990ern und 2000ern auseinander. Anschließend erweitern wir den Rahmen, indem wir die Niederlage der SPD im Kontext der europäischen Sozialdemokratie betrachten. In diesem Zusammenhang ziehen wir Parallelen zum Überleben (und wahrscheinlichen Niedergang 2010) des New Labour Projekts in Großbritannien.

Der Aufstieg und Fall der SPD

1. »Lose verkoppelte Anarchie« (Lösche 1993)

Die Vorhersagen über das Ende der Sozialdemokratie in Deutschland und anderswo in Europa sind nicht neu (z. B. Przeworski 1985; Dahrendorf 1983), wurden aber oft überbewertet (Paterson und Sloam 2007). Die deutsche SPD wurde von Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre von internen Spannungen zerrüttet und litt an organisatorischem, ideologischem und strategischem Pluralismus (Lösche 1993; Sloam 2004). Organisatorischer Pluralismus gestattete ehrgeizigen Länderprinzen wie Oskar Lafontaine, Rudolf Scharping und Gerhard Schröder, aus ihren regionalen Machtpositionen heraus gegeneinander und gegen die offizielle Parteipolitik zu agitieren. Ideologischer Pluralismus entstand mit dem Aufkommen der neuen post-materialistischen Linken, die häufig von der ökonomischen Orthodoxie der Bundespartei in Berlin unangenehm berührt war (und definierte sich über ihre Opposition gegen Atomwaffen und die Beteiligung der Bundeswehr an »Einsätzen im Ausland«). Ideologischer Pluralismus drückte sich durch strategische Unsicherheit aus – insbesondere war die Partei hin- und hergerissen in ihren Bemühungen, sowohl der politischen Mitte (CDU/CSU-Wähler) als auch der post-materialistischen Linken (Wähler der Grünen) zu gefallen.

2. Aufstieg der Neuen Mitte und Fall der SPD

Eine Lösung für die Probleme der 1980er und 1990er Jahre war die Doppelspitze mit Lafontaine (Zugpferd für linke und Stammwähler) und Schröder (Zugpferd für Wähler der Mitte und Wechselwähler), die zusammen genügend Unterstützung für die SPD mobilisierten, so dass sie 1998 an die Macht kamen. Als dann Lafontaine 1999 als Finanzminister und Parteivorsitzender zurücktrat, war der Weg frei für die SPD, strategisch und ideologisch in Richtung der Neuen Mitte ins Zentrum der Regierung zu rücken. Die Umsetzung erfolgte 2002 nach der Wiederwahl der Partei mit dem Reformprogramm »Agenda 2000«.

Unter der Kanzlerschaft Schröders wandelte sich die strategische Zielsetzung der SPD, aus einer Volkspartei wurde eine Wahlkampfpartei zur Unterstützung des Kanzlers (fast ein »Kanzlerwahlverein«). Dies wird durch Schröders Versuche veranschaulicht,

William Paterson, ehemaliger Direktor des Institute for German Studies an der University of Birmingham und Professor für German und European Politics an der University of Aston.

James Sloam, Senior Lecturer in Politics und Co-Director des Centre for European Politics an der Royal Holloway, University of London.

sein eigenes Schicksal im Zuge des Koalitionspokers, der direkt im Anschluss an die Wahl 2005 stattfand, vor das der Partei zu stellen. Die Agenda 2010, das Herzstück von Schröders zweiter Amtsperiode, war dennoch ein Schritt zu weit für die Partei, wie sich herausstellte. Die Reformen am Sozialsystem (verkörpert durch die sogenannten »Hartz IV«-Gesetze und die Rente mit 67) resultierten in einer Implosion der Mitgliederzahlen bei der SPD, sorgten für schlechtes Abschneiden der Partei in den Umfragen und ebneten damit letztendlich den Weg für das Entstehen der Partei der Linken (eine Kraft auf der Linken, die der SPD landesweit den Kampf um Wählerstimmen ansagen konnte).

3. »Erfolgreich Scheitern« in der großen Koalition

Unterstützt durch Schröders charismatischen Führungsstil und brillante Wahlkampfqualitäten gelang es der SPD 2005, ein konkurrenzfähiges Ergebnis einzufahren und die Regierung mitzubilden, ungeachtet der Tatsache, dass die Partei vier Millionen Wählerstimmen (etwa 20 % der SPD-Wählerstimmen) und fast ein Viertel ihrer Mitglieder in nur sieben Jahren verloren hatte (SBD 2009b; SPD 2009). Innerhalb der großen Koalition fehlten der SPD jedoch Schröders Fähigkeit, die Partei aus der Mitte heraus zu führen, sowie auch der Luxus, sich auf ihre Basis verlassen zu können. Aufeinanderfolgende Parteivorsitzende – Franz Müntefering (zweimal), Matthias Platzeck, Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier (als amtierender Parteivorsitzender) – versagten, weil es ihnen nicht gelang, die SPD von der von Angela Merkel dominierten Großen Koalition abzusetzen. Der technokratische Führungsstil von Müntefering und Steinmeier wurde nachhaltig pariert, zum einen von einer Kanzlerin, der es nichts ausmachte, ihrem Juniorpartner die politische Mitte in der Koalition wegzunehmen, und zum anderen von einer oppositionellen Partei der Linken, die erfolgreich diejenigen SPD-Wähler aufsaugte, die von der Rolle der Partei in der Großen Koalition desillusioniert waren. Während gemäßigte Sozialstaats- und Arbeitsmarktmaßnahmen – wie die Erhöhung des Rentenalters auf 67 (durchgesetzt von Müntefering als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung) – keine neuen Wählerstimmen in der Mitte gewannen, brachten traditionellere linke Grundsätze – wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in einigen Bereichen des Arbeitsmarktes – keine neuen Wählerstimmen auf der Linken ein. Die Agenda 2010 und die Beteiligung als Juniorpartner an der Großen Koalition hatten der SPD ihre Identität als Partei der sozialen Gerechtigkeit geraubt. Der Parteiführung, die mitgeholfen hatte, diese Reformen anzu-

bahnen, fehlte daher an Glaubwürdigkeit, um die Unterstützung der Wählerschaft zu mobilisieren.

Die Niederlage in den Kontext rücken

1. Das Gesamtbild: die Talfahrt der Volksparteien

Obwohl die Talfahrt der SPD seit 1998 dramatisch verlaufen ist – sie verlor etwa die Hälfte ihrer Wähler und ein Drittel ihrer Mitglieder (SBD 2009a und 2009b; SPD 2009) – muss die Niederlage in einen Zusammenhang gestellt werden. Zum einen war die SPD elf Jahre lang an der Macht. Einer der Gründe, warum Regierungen nur eine begrenzte Haltbarkeitsdauer haben, ist, dass sie unter den Einschränkungen der Regierung unweigerlich etwas von ihrer Unverwechselbarkeit verlieren. In diesem Licht gesehen kann Opposition als eine Chance zur Erneuerung betrachtet werden. Zum anderen muss der Niedergang der SPD zum stetigen Abwärtstrend der beiden deutschen Volksparteien in Beziehung gestellt werden. In den Bundestagswahlen erhielten die CDU/CSU und die SPD in den 1970ern zusammen über 90 % der Stimmen, 85 % waren es in den 1980ern, 77 % in den 1990ern und nur noch 68 % im jetzigen Jahrzehnt (SBD 2009b). Die CDU/CSU erhielt 2009 fast zwei Millionen weniger Stimmen als 2005 (10 % ihrer Wählerstimmen gingen verloren) und fast sechs Millionen (fast 30 %) weniger Wähler als in der historischen Wiedervereinigungswahl von 1990 (SBD 2009b). Also ist das, was wir sehen, eine allmähliche Entwicklung weg von einem zweieinhalb-Parteiensystem, das die Bonner Republik charakterisierte, hin zu einem komplexeren fünf-Parteiensystem, das sogar die Möglichkeit einer Dreiparteienkoalition bietet (wie im Falle der neuen CDU-FDP-Grünen »Jamaika«-Koalition im Saarland). Sehen wir hier also eine »Normalisierung« der deutschen Parteien hin zum europäischen Model der Blockpolitik (Poguntke 2005)? Im Augenblick können wir noch nicht sicher sein.¹ Sicherlich wird die SPD eine flexiblere Haltung gegenüber potentiellen Koalitionspartnern entwickeln müssen (einschließlich der Linken), wenn sie sich eine Chance ausrechnen will, in naher Zukunft an die Macht zurückzukehren.

¹ Interessanterweise gab es relativ wenig Veränderung im Anteil der Stimmen zwischen den linken (SPD-Grün-PDS/die Linke) und den rechten (CDU/CSU-FDP) Blöcken in den letzten Wahlen. In den drei Wahlen zwischen 1998 und 2005 errang die SPD-Grünen-PDS/Die Linke zwischen 51 % und 53 % der Stimmen. 2009 fiel der Stimmenanteil, den der linke Block errang, zum ersten Mal seit 1994 unter 50 %.

2. Das Gesamtbild: Europäische Sozialdemokratie

Es ist hilfreich, einen weiteren Schritt zurückzugehen, um sich das Gesamtbild der europäischen Sozialdemokratie anzusehen. Die Sozialdemokratie befindet sich sicherlich in einem Abwärtstrend, wenn man die politische Karte des heutigen Europas mit der aus dem Jahr 2000 vergleicht, als sich die Linke Mitte auf einem Höhepunkt befand und in zwölf der damals fünfzehn EU-Staaten an der Macht war. Dennoch ist der Vergleich unfair, da er die zyklische Natur der Parteienpolitik außer Acht lässt. Zwischen 1993 und 1997 waren die Sozialdemokraten in den großen Drei der EU (Frankreich, Deutschland und Großbritannien) in der Opposition und nach den Unterhauswahlen in Großbritannien (wahrscheinlich im Sommer 2010) werden wir uns wieder in dieser Lage befinden. Darüber hinaus, wie andere gezeigt haben (Merkel 1993), trifft das schlechte Abschneiden der Linken Mitte in den 1980er und 1990er Jahren niemals auf alle zu. Während dieser Zeit waren die Sozialdemokraten anderswo in Europa, z. B. in Spanien und Schweden, sehr dominant. Daher sollten wir heute eher vom Rückgang als von der Niederlage (und ganz bestimmt nicht *vom Ende*) der europäischen Sozialdemokratie sprechen. Die Wiederwahl von José Zapatero und der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei 2008, der Sieg der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) und der Norwegischen Arbeiterpartei in diesem Jahr zeigen alle auf, dass nationale politische und ökonomische Bedingungen ausschlaggebend für den Erfolg der einzelnen Parteien sind.

Andererseits zeigt die Niederlage der SPD in der Tat die Grenzen des Revisionismus für sozialdemokratische Parteien auf. Hier wiederum verläuft die Geschichte nicht unähnlich der von New Labour in Großbritannien. Damit sozialdemokratische Parteien in die Mitte rücken und sozialdemokratische Werte umgestaltet werden können, bedarf es einer starken charismatischen Führungspersönlichkeit (z. B. Blair und Schröder), die fähig ist, direkte Beziehungen zu den Wählern und den einzelnen Parteimitgliedern herzustellen (somit die traditionellen Strukturen der Parteiorganisation zu umgehen). Diese Führungsperson verfolgt dann in der Regierung einen reformistischen Kurs, allerdings entfremdet sie damit die Stammwähler und verliert ihre Unterstützung. Es gibt eine natürliche Haltbarkeitsdauer für diese Art von Führung – letztendlich geht irgendwann das politische Kapital aus (z. B. Blair im Falle des Irak, Schröder mit der Agenda 2010) und das Charisma verblasst. Neuen, weniger charismatischen Führungspersonen, die diese Reformer ersetzen (z. B. Brown und Steinmeier), gelingt es dann nicht, die Stammwähler zu-

rückzugewinnen, weil es ihnen entweder: a) an Glaubwürdigkeit/Vertrauen mangelt (d. h. die Rückkehr zu den eigentlichen Werten, wenn sie doch geholfen hätten, revisionistischer Politik den Weg zu ebnen); und/oder, b) an Charisma fehlt, um die Partei oder das Land hinter sich zu bringen. In der Zwischenzeit verfolgen die Parteien der rechten Mitte in zunehmenden Maße gemäßigte Politik (Merkel nach dem Scheitern der »Leipzig Agenda« 2005 und David Cameron in Großbritannien) und behaupten von sich, »mitfühlende Konservative« zu sein. Die Rückbesinnung der SPD und der Britischen Labour Party in der Opposition – auf traditionellere sozialdemokratische Werte – ist daher höchst wahrscheinlich.² Wir könnten dies sogar den »revisionistischen Zyklus« nennen.

In der Auseinandersetzung um Ideen wurde die Agenda New Labour/Dritter Weg/Neue Mitte endgültig entkräftet. Sie hatte zu viel in die Globalisierung investiert, ohne offensichtliche Vorteile für ihre Wählerschaft herauszuholen. Zur Zeit sind die Umfrageergebnisse eine bittere Lektüre für die Labour Party, so dass ein Sieg in den nächsten Wahlen unwahrscheinlich erscheint. Die konservative Partei in Großbritannien, die mit einer »Sohn von Blair«-Strategie auftreten wollte, wurden von der Finanzkrise auf dem falschen Fuß erwischt und hat sich daher ein wenig vom »mitfühlenden Konservativen« auf eine schlankere Staatsagenda zurückgezogen, die ihren traditionellen Zielen sehr viel näher steht. Wenn die Ansicht weiter die Runde macht, dass die Konservativen die Krise nutzen, um ihre von Ideologie getriebene Klientelpolitik voranzubringen, könnten sie bald genauso unpopulär werden wie Mrs. Thatcher es war, bevor sie durch die Falklands gerettet wurde. Dies wird jedoch erst geschehen, wenn die Wahlen verloren und die erschöpfte Labour-Führungsriege ausgetauscht und eine etwas sozialere, protektionistische Agenda von einer neuen Führungsmannschaft eingesetzt wurde.

Natürlich sieht sich die europäische Sozialdemokratie mit einigen echten Strukturproblemen konfrontiert. Die Voraussagen von Dahrendorf und anderen über das Ende der Sozialdemokratie basierten auf der Tatsache, dass sich die Gesellschaft verändert hatte, d. h. der Rückgang der klassischen Arbeiterschaft, Wechselwählerschaft und der Individualisierung von Werten und Lebensstilen (Giddens 1991; Inglehart 1997), und dass Arbeiterparteien mit einer Massenmitgliedschaft damit nicht fertig werden könnten. Es liegt sicherlich ein Körnchen Wahrheit in

2 Obwohl eine Rückkehr zu den »Kernpunkten« in der Britischen Labour Partei weniger wahrscheinlich ist als in der deutschen SPD, da das britische Wahlsystem nach der zentripetalen Kraft des Mehrheitswahlsystems (»the winner takes it all«) operiert.

der Aussage, dass das typische sozialdemokratische Organisationsmodell (Machtstrukturen, die von unten nach oben verlaufen, etwa durch den Parteitag, und von einer großen Mitgliederschaft getragen werden) durch diese Veränderungen bedroht ist. Mair und Van Biezen (2001) schildern dramatisch den Verfall der Parteimitgliedschaft in ganz Europa in den letzten Jahrzehnten. In einem Zeitalter des Individualismus und der 24-Stunden-Medien sind hierarchische Parteistrukturen, wie sie häufiger in Mitte-Rechts-Parteien zu finden sind, vielleicht effizienter.

Wie wir oben bereits darlegten (Paterson und Sloam 2007), war einer der Gründe, warum so viele sozialdemokratische Parteien Ende der 1990er Jahre nur »erfolgreich scheiterten«, dass sie Themen vernachlässigt hatten, die sie mit ihrer Wählerschaft verbanden (Lawson and Merkl 1988). Parteien der linken Mitte müssen den »sozialen« Aspekt in der Sozialdemokratie überdenken. Die fehlende Zutat beim Dritten Weg und der Neuen Mitte war der kommunitaristische Aspekt fortschrittlicher Politik – der Aufbau einer Demokratie von der Basis herauf durch horizontale, gleichberechtigte Beziehungen zwischen Wählern und dem Staat, wobei Rechte und Pflichten betont werden.³ Aus einer parteipolitischen Sicht haben revisionistische sozialdemokratische Parteien die Organisationsstrukturen der Partei nicht erneuert, um die Sozialisation neuer Mitglieder und Unterstützer zu befördern. In den auf die Person ausgerichteten, hierarchischen Führungsnetzwerken, die durch Schröder und Blair etabliert wurden, gab es wenig Spielraum für diese Einstellung, noch wurde ihr Beachtung geschenkt.⁴ Ein kleines Beispiel wäre, den Zugang zu den Online Communities nicht nur auf die Mitglieder der SPD (oder der Labour Party) zu beschränken.

Wenn es um die Parteiidentität geht, müssen die europäischen sozialdemokratischen Parteien in ihrem jeweiligen Umfeld neue Identitäten entwickeln, die die neuen sozialen Gruppierungen in der Mitte der Gesellschaft ansprechen. Sie müssen mehr als nur technokratische Kompetenz bieten. Mag es manch-

mal ausreichen, wenn Mitte-Rechts nur den Geldbeutel der Bürger anspricht, Mitte-Links muss auch noch das Herz der Bürger berühren. Die große Herausforderung für die europäische Sozialdemokratie ist, wie die Politik redefiniert werden könnte, wenn die Kosteneinsparungen kommen (und sie werden unweigerlich kommen, angesichts der Welle von Defizitfinanzierung seit Einsetzen der globalen Finanzkrise 2008). In diesem Kontext müssen die sozialdemokratischen Parteien klar auf die Gebiete der sozialen Investitionen setzen. Wenn ihnen das gelingt, kann es strategisch Vorteile haben, in der Opposition zu sein, wenn die Axt bei öffentlichen Dienstleistungen (in Deutschland und anderswo) angesetzt wird.

Wenn die Axt dann fällt, könnte sich die günstige Gelegenheit für die sozialdemokratischen Parteien bieten, auf EU-Niveau die politischen Ziele durchzusetzen, die den sozialen Zusammenhalt fördern – obwohl dafür die geschwächte Position der Sozialisten im Europäischen Parlament ein Manko ist.

Herausforderungen für die SPD

Die SPD sieht sich einer Reihe von Herausforderungen gegenüber – organisatorischer, ideologischer und strategischer Art. Erstens muss sie das richtige Personal finden, um die Aktivisten bei Laune zu halten, die Stammwähler zu mobilisieren und für die Mitte attraktiv zu werden (die Gabriel-Nahles-Steinmeier-Achse scheint sich in diese Richtung zu bewegen, wenn die Protagonisten es denn schaffen zusammenzuarbeiten) und vor allem muss es ihnen gelingen zu vermitteln, was sie wollen. Eine Komplikation in dieser Hinsicht ist Steinmeiers Zurückhaltung, wenn es darum geht, von der Agenda 2010 abzurücken. Die Partei muss sich auf nationaler und lokaler Ebene eine Basis aufbauen, die ihr als Sprungbrett zur Macht auf Bundesebene dienen kann. Daher sind die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 äußerst wichtig. In organisatorischer Hinsicht muss die Partei ihre Strukturen öffnen und Außenstehende ermutigen, hereinzukommen, wie sie es bereits (erfolglos) in den 1990er Jahren (Blessing 2000) und nochmals 2001 (Machnig 2001) versuchte, z. B. mit der Idee, Vorwahlen für künftige Abgeordnete oder den Parteivorstand abzuhalten. Schon jetzt werden häufig Projekte genutzt, um Nicht-Parteimitglieder einzubinden.

Um diese Ziele zu erreichen, braucht die SPD eine klare Erzählung. Das könnte allerdings bedeuten, dass gewisse ideologische Anpassungen vorzunehmen sind. Sie sollte jedoch nicht auf die Politik der Vergangenheit ausgerichtet werden, z. B. auf Hartz IV und Rente mit 67, sondern sich auf die Entwicklung

3 In den Worten von Präsident Kennedy: »Frag nicht, was dein Land für dich tut, sondern was du für dein Land tun kannst.«

4 Die Obama Kampagne von 2008 in den USA zeigte einen innovativen Weg auf, wie politische Sozialisation durch die Nutzung der neuen Medien erreicht werden kann. Um eine Volkspartei zu bleiben, müssen sich sozialdemokratische Parteien öffnen. Natürlich ist die Öffnung sozialdemokratischer Parteien gegenüber neuen politischen, ökonomischen und sozialen Gruppen kein neues Phänomen, z. B. Willy Brandts Integration der neuen politischen Kräfte in die SPD in den 1960er und 1970er Jahren. Andererseits, vielleicht braucht die Partei einen Brandt oder Obama – einen »charismatischen Einiger« – der dies ermöglicht.

einer vorwärts gewandten, sozialdemokratischen Identität konzentrieren: Kurzum, eine fortschrittliche, gesellschaftlich liberale Position für einen Staat, der Chancengleichheit (z. B. Fokus auf Bildung) und sozialen Zusammenhalt (»faire« Besteuerung und soziale Gesetzgebung) sicherstellt. Zumal diese Position eine zunehmende Resonanz erfahren wird, wenn die Einsparungen im öffentlichen Haushalt ankommen.

Wie diese Erzählung – auf der nächsten Etappe – umgesetzt wird, hängt von strategischen Entscheidungen ab. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollte sich die Partei jedoch darauf konzentrieren, die zwei Millionen SPD-Unterstützer erneut zu motivieren, die zwar 2005 gewählt haben, 2009 aber zu Hause geblieben sind. Selbst wenn alles beim Alten bliebe, wäre die Partei damit wieder ein ernstzunehmender Konkurrent der CDU/CSU. Innerhalb eines Mehrparteiensystems wäre es unklug, zu sehr an strategische Optionen zu denken (obwohl Flexibilität erforderlich ist). Schließlich haben die Konkurrenzparteien mit ihren eigenen Herausforderungen zu kämpfen – die Christdemokraten müssen die »sich zusammenbrauende Krise« bei den öffentlichen Ausgaben verwalten (und die Verantwortung für hohe Ausgabenkürzungen übernehmen). Die Partei der Linken muss bei den anhaltenden Spannungen zwischen Ost und West zusammenhalten und sich anstrengen, ein neues Programm zu entwerfen. Nur die Grünen, die in den Bundestagswahlen dazugewonnen haben, haben kaum Herausforderungen und sind jetzt ein sehr gefragter Koalitionspartner.

Angesichts der Demütigung in den Bundestagswahlen von 2009: was sollten die zentralen Ziele der SPD sein? Die Rehabilitation sollte sich auf Umstrukturierung und Mobilisierung konzentrieren – statt zu sehr nach links oder in die Mitte zu rutschen, obwohl ein Ruck nach links im Vorfeld der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 unumgänglich sein wird.

Schlussfolgerung

Abgesehen von der ersten Labour-Regierung nach dem Krieg und den frühen Tagen der Blair-Regierung war die SPD über ein Jahrhundert lang die einflussreichste sozialdemokratische Partei in Europa. Die Niederlage der SPD im September schwächt somit die Sozialdemokratie in absehbarer Zeit. Auch das schlechte Abschneiden der SPD bei den Europawahlen und die geringere Sitzzahl der Sozialisten im Europäischen Parlament gefährden ernsthaft den Einfluss der Sozialdemokratie. Es ist jedoch nicht das Ende, oder nicht einmal der Anfang vom Ende der

Sozialdemokratie. Es ist vielmehr Teil einer allgemeinen Krise, die die politischen Parteien in repräsentativen Demokratien durchmachen. In der Auseinandersetzung um Ideen ist die Schwäche der Parteien rechts der Mitte ebenso verblüffend wie die der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie braucht jetzt neue charismatische Köpfe, eine Erzählung für nach der Krise und neue, durchlässigere und zugänglichere Strukturen. Diese entwickeln sich eher in der Opposition als in der Regierung.

Literatur

- Blessing, K. (ed.) (1993): *SPD 2000: die Modernisierung der SPD*, Bonn.
- Dahrendorf, R. (1990): *Reflections on the Revolutions in Europe*, London.
- Giddens, A. (1991): *Modernity and Self Identity: Self and Society in the Late Modern Age*, London.
- Inglehart, R. (1997): *Modernization and Post-Modernization: Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies*, Princeton.
- Lawson, K.; Merkl, P. (eds.) (1988): *When Parties Fail*, Princeton.
- Lösche, P. (1993): *Lose verkoppelte Anarchie: zur aktuellen Situation von Volksparteien am Beispiel der SPD*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43, Oktober 1993.
- Machnig, M. (2001): *Vom Tanker zur Flotte in Bartels and Machnig (eds.), Der Rasende Tanker: Analyse und Konzepte zur Modernisierung der sozialdemokratischen Organisation*, pp. 101–117.
- Mair, P.; Van Biezen, I. (2001): *Party Membership in Twenty European Democracies, 1980–2000*, *Party Politics* 7 (1), pp. 5–21.
- Merkel, W. (1992): *After the Golden Age: is Social Democracy Doomed to Decline*, in: Lemke and Mark (eds.), *The Crisis of Social Democracy in Europe*, Durham.
- Paterson, W.; Sloam, J. (2007): *European Social Democracy: Failing Successfully*, in: Lawson and Merkl (eds.), *When Parties Prosper*, pp. 43–60, Boulder.
- Pogutke, T. (2005): *Perspectives: Implications for the German Party System*, Paper Presented to The New Government: Political Implications of the Elections in Germany conference, 21 October, London.
- Przeworski, A. (1985): *Capitalism and Social Democracy*, Cambridge.
- Sloam, J. (2004): *The European Policy of the German Social Democrats: interpreting a changing world*, Basingstoke.
- SPD (2009) Mitgliederbestand; Stichtag: 30.9.2009, http://www.spd.de/de/pdf/mitglieder/090930_Mitgliederbestand.pdf (aufgerufen im Oktober 2009).
- Statistisches Bundesamt Deutschland (SBD) (2009a) *Bundesergebnis: Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009*, http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html (aufgerufen im Oktober 2009).
- Statistisches Bundesamt Deutschland (SBD) (2009b) *Wahlberechtigte, Wähler, Zweitstimmen und Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen seit 1949*, http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_ergebnisse.pdf (aufgerufen im Oktober 2009).

4 Ein Blick aus Frankreich auf die Lage der deutschen Sozialdemokratie nach den Bundestagswahlen 2009

Von Jacques-Pierre Gougeon

Auch wenn in Frankreich insgeheim mit einer Niederlage der deutschen Sozialdemokratie bei den Bundestagswahlen vom 27. September 2009 gerechnet worden war, so überraschte doch das Ausmaß dieser Niederlage. Die deutschen Sozialdemokraten werden nun – ähnlich den französischen Sozialisten – für einige Zeit mit sich selbst beschäftigt sein. Daher ist zu befürchten, dass sie sich zukünftig weniger für europäische Fragen interessieren werden, worunter die gesamte europäische Sozialdemokratie sehr leiden würde, innerhalb derer der SPD immer eine besondere, gewichtige Rolle zukam und -kommt. Die Lage der europäischen Sozialdemokratie wird sich aller Voraussicht nach noch durch den absehbaren tiefen Fall der englischen Labour Party verschlechtern.

Die Situation der SPD nach der Bundestagswahl

Der Hauptgrund für das schlechteste Ergebnis der SPD bei Bundestagswahlen seit dem Jahr 1949 liegt darin, dass für eine Mehrheit der deutschen Wähler die SPD keine Politikalternative zur anderen großen Volkspartei, der CDU, mehr darstellt: Während der Zeit der Großen Koalition gelang es der SPD nicht, das ihr eigene politische Profil zu behaupten: Ein Unterschied zu der von Angela Merkel vertretenen Politik wurde kaum wahrgenommen. Gerade in den Bereichen »Soziales« und »Wirtschaft« schien die SPD-Politik offenbar nicht hinreichend originär. Es wird der SPD kurz- und mittelfristig schwerfallen, sich von der Wahlniederlage zu erholen und ihr eigenes Profil neu und überzeugend zu schärfen. Die Hindernisse auf dem Weg zurück zur Macht werden nicht in kurzer Zeit zu überwinden sein. Grundsätzliche Fragen müssen gestellt und beantwortet werden. Die SPD steht vor einer Reihe von Widersprüchen. Besonders folgende Punkte sind relevant und – über Deutschland hinaus – teilweise besorgniserregend:

- Das traditionelle Wählerreservoir der SPD hat der Partei den Rücken gekehrt: Nur 24 Prozent der Arbeiter (–13 Prozent gegenüber 2005) und 20 Prozent der Angestellten (–16 Prozent) haben für die SPD gestimmt, während 28 Prozent und 18 Prozent (+6 Prozent) der Arbeiter sowie 32 Prozent und 11 Prozent der Angestellten jeweils für die CDU/CSU und für Die Linke gestimmt haben. Die

SPD muss sich die Frage stellen, wie sie diese verlorenen Wähler zurückgewinnen kann.

- Diese Frage gilt auch für die junge Wählerschaft, da nur 17 Prozent (–21 Prozent gegenüber 2005) der 18–24 Jährigen und der 25–34 Jährigen die SPD gewählt haben. Die SPD ist für die jungen Menschen nicht mehr die »Partei der Zukunft«.
- In der SPD konnte bisher über einen klaren Kurs gegenüber der Partei Die Linke keine Einigkeit erzielt werden, obwohl diese im linken Teil des politischen Spektrums als dauerhafte Konkurrenz für die SPD anzusehen ist. Auch nach den Bundestagswahlen wurden unterschiedliche Positionen deutlich: Während zum Beispiel Klaus Wowereit dafür plädierte, dass sich die SPD »vom Tabu trennt, wonach Koalitionen mit der Linkspartei im Bund prinzipiell undenkbar sind« (Interview in *Der Tagesspiegel*, 4.10.2009), warnte Frank-Walter Steinmeier vor einer einseitigen Festlegung auf das linke Spektrum und dem Absinken zu »einer Klientelpartei« (Leitartikel in der *Welt am Sonntag*, 4.10.2009). Solange die SPD nicht einheitlich Position zu ihrem Verhältnis zur Linkspartei bezieht, hat sie ein »Vertrauensproblem«.
- Gegensätzliche Positionen sind auch gegenüber der von Gerhard Schröder zu verantwortenden Agenda 2010 festzustellen. Während Klaus Wowereit (wie im bereits zitierten Interview) dazu neigt, weitere Korrekturen an dieser Agenda vorzunehmen, zum Beispiel für Hartz-IV-Empfänger, und sogar empfiehlt die Rente mit 67 rückgängig zu machen, hält Frank-Walter Steinmeier an nahezu allen Eckpunkten dieser Reformpolitik fest. Wenn die SPD aber zu diesem politischen Erbe nicht einheitlich Stellung bezieht, wird sie noch lange ein Glaubwürdigkeitsproblem haben.

Die Erneuerung der SPD-Spitze mit Sigmar Gabriel und Andrea Nahles muss jedoch positiv bewertet werden, auch wenn das »Miteinander« bestimmt nicht einfach sein wird. Aber sie ist ein Signal für den Willen zu einem Neuanfang.

Mögliche Auswirkungen der deutschen Situation auf die europäische Sozialdemokratie

Für die europaweite sozialdemokratische Politik kann die gegenwärtige Situation der Sozialdemokratie in

Jacques-Pierre Gougeon, Professor am Institut für Europäische Studien der Pariser Universität (Paris VIII) / Universität Besançon.

Deutschland schlechte, aber vielleicht auch gute Auswirkungen haben:

- Besonders negativ ist die weitere Schwächung der europäischen Sozialdemokratie, deren Parteien fortschreitend aus fast allen Regierungen verschwinden. In den Gründerstaaten sind die Regierungen aktuell schon konservativ/liberal. Falls 2010 die Labour Party in Großbritannien abgewählt werden sollte, was zu befürchten ist, tritt sogar ein Nord–Süd Gefälle ein. Ohne sozialdemokratische Politik auf Regierungsebene mangelt es den europäischen Sozialdemokraten an Macht, sich in ihrem Sinne für die Menschen einzusetzen und ihren alltäglichen Problemen entgegenzutreten bzw. diese erst gar nicht entstehen zu lassen.
- Die SPD, die in der jüngsten Vergangenheit kritische Töne gegenüber der Partei der europäischen Sozialisten anschlug, wird vorerst nur mit sich selbst beschäftigt sein und von ihrem europäischen Engagement Abstand nehmen. Damit wird die notwendige Richtungsdebatte innerhalb der europäischen Sozialdemokratie an Bedeutung und Kraft verlieren.
- Eine positive Konsequenz aus der Wahlniederlage kann jedoch sein, dass sich die SPD – jetzt aller Regierungssämter ledig – kraftvoll auf die Erneuerung der europäischen Sozialdemokratie konzentrieren und mit ihrer jüngsten Regierungserfahrung eine führende, leitende Rolle bei der programmatischen Neuausrichtung übernehmen kann. Wichtige Themen wie die Regulierung der Finanzmärkte, Ausstiegsstrategien nach der Krise, Finanzierung des Wohlfahrtsstaates müssen programmatisch aufgearbeitet werden. In der Opposition ist die SPD hinsichtlich Personalentscheidungen nun frei von Rücksichtnahmen auf den ehemaligen konservativen Koalitionspartner, die sie im Laufe des letzten Europawahlkampfes noch leisten musste, zum Beispiel mit einer ambivalenten Position gegenüber der Kandidatur von Barroso.

Der Nutzen der Erfahrungen der sozialdemokratischen Bewegung in Frankreich für die zukünftige Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie

Erfahrungen mit ähnlichen Veränderungsprozessen in Frankreich zeigen, dass politische Rückschläge auch die Chance auf organisatorische Erneuerung, programmatische Profilschärfung und politische Vertrauensbildung in sich tragen:

- Nach einer Wahlniederlage großen Umfangs muss die Parteispitze so schnell wie möglich erneuert werden. Die in Frankreich gewonnene Erfahrung zeigt, dass nur eine solche Erneuerung einen Neuanfang glaubhaft macht. Die Glaubwürdigkeit der Parti socialiste (PS) leidet aktuell sehr darunter, dass in der Bevölkerung die Meinung vorherrscht, bei den Präsidentschaftswahlen 2012 werden dieselben Politiker wie 2007 kandidieren.
- Personelle Änderungen und inhaltliche Erneuerung gehören zusammen. Sonst wird letztere als solche von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.
- Mit Blick auf die »linken Konkurrenten« muss so früh wie möglich eine einheitliche eigene Linie erarbeitet werden.
- Die Konkurrenz der »kleinen Parteien« darf nicht unterschätzt werden, vor allem nicht in einer Zeit, in der die politische Bedeutung traditioneller (Volks-)Parteien mit Blick auf die Lösung gegenwärtiger und zukünftiger gesellschaftlicher Herausforderungen immer öfter infrage gestellt wird. In Frankreich sind jetzt die Grünen zu einer ernst zu nehmenden Gefahr für die Sozialisten geworden, weil sie in einer Schwächephase der PS als mögliche, »frische« und »linke« Alternative zu Sarkozy wahrgenommen werden: Am 27. September errangen die Grünen bei einer Abgeordnetenwahl im Departement Yvelines den zweiten Platz, nur ganz knapp hinter den Kandidaten der Konservativen – ein eindeutiges Warnsignal.

5 Keine Macht, keine Moral? Ein niederländischer Kommentar zum SPD-Blues

Von René Cuperus

Aus Gründen des guten Geschmacks beginnen wir mit den guten Nachrichten von der Bundestagswahl. Die erste gute Nachricht, besonders aus niederländischer Sicht, ist das Ausbleiben eines populistischen Rechtsrucks als Folge der Politik der Großen Koalition. Dies war von politischen Kommentatoren wie mir erwartet worden: ein Verwischen der Unterschiede zwischen rechts und links in der Großen Koalition (kombiniert mit harten Reformen am Sozialstaat) hätte eine destabilisierende, populistische Revolte gegen das Establishment auslösen können. Theoretisch birgt eine Große Koalition der politischen Hauptkonkurrenten die Gefahr, den Unterschied zwischen links und rechts auszuhöhlen, wodurch ein Vakuum entsteht, das dann mit populistischen Gegensätzen wie etwa dem vom »Establishment« und (der falschen Vorstellung) vom »Volk« besetzt wird. Diese Revolte könnte auf einer »Politik von Angst und Ressentiments« basieren, die sich um Fragen der aufgrund von Massenimmigration, europäischer Einigung, Postindustrialismus und Globalisierung bedroht (empfundene) Identität dreht. Doch das ist in Deutschland bisher noch nicht eingetreten. Während in vielen europäischen Staaten ein gewagter und ekelhafter Rechtspopulismus zunehmend in Wahlen und auch sonst an politischem Grund gewinnt, scheint in Deutschland das Nachkriegs-Frühwarnsystem noch immer gut zu funktionieren. In den Bundestagswahlen gab es keinen Aufschwung für Parteien, die sich gegen Migranten oder den Islam richten. Der Damm aus zweitem Weltkrieg und Holocaust hält dicht.

Nichtsdestotrotz stellt die Bundestagswahl einen gravierenden Abstieg der Volksparteien dar, den Stützen der Nachkriegsstabilität. Nicht nur die SPD erlebte dramatische Einschnitte, auch die Union (insbesondere die bayrische CSU) schnitt so schlecht ab, dass sogar die triumphierende Kanzlerin Angela Merkel eine Nachwahluntersuchung zur CDU/CSU-Kampagne und deren politischer Position anordnete. Auch wenn der Populismus nicht auf nationaler Identität begründet war, so war doch deutlich eine Bewegung weg von der politischen Mitte hin zu den profilierten Flankenpositionen zu verzeichnen. Sowohl die linkspopulistische (alias Pre-Agenda-2010-Sozialisten) Die Linke als auch die neoliberale FDP und die Grünen profitierten vom schlechten Ergebnis der Parteien im Zentrum, den regierenden Parteien der Mitte.

Es hat außerdem den Anschein, dass sich die Politikverdrossenheit in Deutschland hauptsächlich im Ausbleiben der Wähler ausdrückt. Mehr als zwei Millionen SPD-Wähler blieben zu Hause! Anders als die Niederlande, deren parteipolitisches System sehr unbeständig ist, ohne klassische Stimmbezirke und 5%-Hürde, wo Mobilisierung politischer Unzufriedenheit sowie Anti-Migrations- oder Anti-Globalisierungsgefühle durch ein breites Spektrum an Parteien kanalisiert wird, verfügt das deutsche Nachkriegssystem über ein eingebautes Frühwarnsystem gegen politischen Extremismus.

Die zweite gute Nachricht ist, dass die SPD so viel verloren hat, dass sie glücklicherweise nicht der noch kleinere Juniorpartner in einer großen Koalition mit ihrem Hauptkonkurrenten werden muss. Der SPD-Alptraum vom »politischen Selbstmord durch Regierungsbeteiligung« hat sich damit endlich erledigt. Die SPD war zu sehr gespalten, um mit Kraft, Charisma und Selbstvertrauen regieren zu können, grundsätzlich gespalten zwischen dem Gewerkschaftsflügel (nahe an der Partei der Linken) und einem Flügel von Modernisierern der Neuen Mitte (nahe am sozialen Flügel der CDU).

Die Post-Agenda-2010-SPD war zu sehr zum Klon der CDU geworden. Und die CDU ist besser organisiert, disziplinierter, weniger gespalten und daher eine bessere Macht- und Kampagnenmaschine der politischen Mitte. Ihr wird auch nicht ständig aus den eigenen Reihen heraus neoliberale Kollaboration vorgeworfen, wie in der SPD, unter anderem auch von ihrem früheren Parteichef Oskar Lafontaine, der zusätzlich das ideologische Glaubwürdigkeitsproblem der SPD verschärfte. Lafontaine hatte einst mit Gerhard Schröder mit der Kombination von Innovation und Gerechtigkeit Wahlkampf gemacht. Indem er die Partei verließ und später der sozialistischen Partei mit einer Anti-Agenda 2010 beitrug, nahm der »Verräter« Lafontaine der SPD-Regierungspolitik symbolisch die Gerechtigkeits-Dimension, und goss damit Öl ins Feuer der heutigen SPD, der es an Selbstvertrauen mangelt und die unter moralisch-ideologischen Uneindeutigkeiten leidet. Und eine Partei, die sich selbst nicht liebt, kann nicht erwarten, für Wähler attraktiv zu sein. »Selbstzweifel« ist die schlechteste politische Botschaft.

Die SPD ist jetzt zurück in der Opposition, wo sie, wie eine Armee im Winterlager, ihre Wunden lecken

René Cuperus,
Direktor für internationale Beziehungen,
Wiardi Beckmann
Stiftung.

kann, nach einer langen, sowohl anregenden als auch frustrierenden Zeit an der Regierung, die auf die langen, öden Jahren in der Opposition unter Helmut Kohl gefolgt war (Cuperus 2008). Langfristig gesehen ist es vielleicht eine frohe Botschaft, dass die SPD, Mutterpartei der europäischen Sozialdemokratie, ihre Position als Inspiration und Vorreiterin in Europa zurückzugewinnen wird. Schon lange hatte sie diesen Posten nicht mehr besetzt.

Die SPD-Kampagne – eine große Show der Unglaubwürdigkeit

Die Gründe für die 23 %, fast ein historischer Tiefstand, sind zum einen in individuellen Ereignissen, zum anderen allerdings auch in den Strukturen zu finden. Die SPD-Kampagne selbst war ein Alptraum, eine Mission, die nicht zu erfüllen war: gegen politische Gegner antreten, die gleichzeitig die einzigen möglichen Koalitionspartner waren. Daraus wurde eine große Show der Unglaubwürdigkeiten.

Gegen Merkel und die CDU Wahlkampf zu machen und gleichzeitig darauf zu hoffen, die Große Koalition mit ihnen weiterzuführen: es gibt Grenzen, seine Wählerschaft für dumm zu verkaufen. Eine weitere Unglaubwürdigkeit war, vor dem neoliberalen Abbau des deutschen Sozialstaates durch Schwarz-Gelb, unter dem schlechten Einfluss der FDP, zu warnen und sich gleichzeitig die Option einer Ampel-Koalition aus Rot, Gelb und Grün, also mit derselben garstigen FDP, offen zu halten. Dazu kommt noch die schizophrene Einstellung zur Partei der Linken: während man vehement auf Bundesebene eine Koalition ausschloss, kooperierte man mit ihr auf lokaler und kommunaler Ebene (das Ypsilanti-Desaster). Zusammen mit der Tatsache, dass für viele Die Linke die Partei des schlechten sozialdemokratischen Gewissens ist, trug auch dies zum Unglaubwürdigkeitstheater der SPD bei diesen Wahlen bei.

Darüber hinaus kämpften Steinmeier und die SPD gegen katastrophale Umfrageergebnisse, ein Kampf gegen Windmühlen angesichts des unausweichlichen Sieges der Kanzlerin Angela Merkel. Es war wohl gemerkt der amerikanische Präsident Obama, der der SPD ihre frühen Hoffnungen raubte, indem er Monate vor den Wahlen Angela Merkel ins Ohr flüsterte, sie solle sich keine Sorgen machen, ihre Wiederwahl sei sicher.

Frank-Walter Steinmeier mag einer der besten Politiker der SPD sein, aber als Architekt der Agenda 2010 der Neuen Mitte war er in Fragen nach politischen Positionen fast ein Klon der Amtsinhaberin Angela Merkel. Außerdem war er eine ziemlich techno-

kratische, politisch nicht getestete Person, populär als Außenminister (wie alle seine Vorgänger), aber ein unbeschriebenes Blatt im politischen Wahlkampf. Es stellte sich heraus, dass seine Distanz – in Politik und »Unterhaltungsmedien« – zu Angela Merkel sehr gering war. In dieser Konstellation konnte er sich keine ernsthaften Chancen ausrechnen, Merkels Wiederwahl zu stören, noch konnte er den Wahlkampf politisieren und polarisieren, der dadurch sehr langweilig und leidenschaftslos geriet.

Man hätte sogar argumentieren können, dass die andere Hälfte der Stones, der erfahrene politische Fuchs Peer Steinbrück, einen besseren SPD-Kandidaten abgegeben hätte. Er nahm es mit finanziellen Raubtieren auf, forderte Banken, Spekulanten und Steueroasen heraus und hätte dadurch der SPD-Kandidatur in einer Weltkrise des finanziellen Kapitalismus ein sehr viel authentischeres Profil gegeben. Wie auch immer, der SPD Wahlkampf war, im Nachhinein betrachtet, ein strategischer Alptraum allerhöchsten Ranges. Das hat sich als teurer Fehler herausgestellt, da er die SPD in eine wahrscheinlich unnötig tiefe, existenzielle Krise warf. Die Zukunft der SPD als Volkspartei sieht jetzt ernsthaft bedroht aus.

Gabriels Gespür für den Ernst der Lage

In der Tat brachten die anfallenden Probleme des Wahlkampfs (Kandidatur, Koalitionsfrage, Post-Agenda-2010-Trauma innerhalb der SPD) Strukturprobleme an die Oberfläche, die seit langem in der Volkspartei SPD gärten (Perger 2009). In seiner Email an die frustrierte und wütende Parteibasis traf der designierte Parteichef Sigmar Gabriel den Nerv. Den ausdrucksstarken Begriff, den er für seine Diagnose der Situation der SPD verwendete – katastrophaler Zustand – wurde noch in der gleichen Woche in den niederländischen Medien benutzt, um den Zustand der niederländischen Schwesterpartei der SPD, die PvdA, zu beschreiben. Genau derselbe Wortlaut wurde auch in einer vertraulichen, internen Nachricht von Diederik Samsom, dem Fraktionssekretär, an seine Fraktionskollegen gebraucht, die an die Presse durchsickerte. Aber leider ist es kein Zufall, dass der Begriff »katastrophaler Zustand« sowohl für die deutsche als auch für die niederländische sozialdemokratische Partei anzuwenden ist. Parallelen zwischen den europäischen sozialdemokratischen Parteien gibt es zahlreiche.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden unsere Gesellschaften mit großen Herausforderungen konfrontiert: die Globalisierungen unserer wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen, neue Tech-

nologien und der Aufstieg der postindustriellen Wissensökonomie, schlecht gemanagte Migrationsbewegungen aus Regionen und Ländern, die nicht an westlich-liberale Lebensstile und Werte gewöhnt sind, ein europäischer Integrationsprozess, der den Markt überbewertet und die nationalen, demokratischen Verfahren ausgehöhlt hat. Diese Veränderungen hatten einen großen Einfluss auf das Leben der normalen Menschen. Die Chancen wurden unter den Ländern, Regionen und Menschen umverteilt. Gut ausgebildete, urbane Wohlhabende wurden dabei bevorzugt. Weniger gut Qualifizierte, das Prekariat, aber auch große Gruppen mit mittlerem Einkommen, die sich an Traditionen und eher an nationalen, als an europäischen oder kosmopolitischen Belangen orientieren, wurden enttäuscht. Wir sprechen nicht von traditionellen Klassenbeziehungen, sondern über politisch-kulturelle Orientierungen und Stimmungen, über politisch psychologische Phänomene wie Verbitterung aufgrund des sozialen Abstiegs.

Der Modernisierungsprozess der Sozialdemokratie als Dritter Weg – obwohl er einige gute Ansätze enthielt wie den aktivierenden Sozialstaat nach skandinavischem Vorbild – hat einen ideologisch-programmatischen Orientierungsverlust verursacht, die Partei gespalten und verunsichert und die Wählerschaft, insbesondere die Stammwählerschaft, völlig von der Partei entfremdet. Indem sie zu langjährigen Regierungsparteien wurden, sind aus den sozialdemokratischen Parteien etablierte Parteien geworden und die Unterschiede zu gemäßigten oder gar sozialkonservativen Parteien wie den christlich-demokratischen Parteien in Deutschland, den Niederlanden oder Belgien haben abgenommen. Sozialdemokratische Parteien waren die einzigen Parteien, die ihr ideologisches Gewand drastisch verändert haben, indem sie den »inneren Feind« bekämpften: die Umwandlung von Old Labour in New Labour, die Neue Mitte gegen den Gewerkschaftsflügel usw., wodurch sie die Beziehungen zu ihrer treuen Wählerschaft, die auf Vertrauen, Glaubwürdigkeit und gesellschaftlicher Stabilität beruhten, schwächten.

Das alles bedeutete einen halbherzigen, sozialdemokratischen Paradigmenwechsel bei der Reform des Wohlfahrtsstaates: weg von der »Politik gegen Märkte« zu einer »Politik für Märkte«. Diese Veränderung wurde von der traditionellen Wählerschaft nicht verstanden, viele wendeten sich daher dem linken Flügel populistischer »Ursozialdemokraten« zu oder wählten überhaupt nicht. Gleichzeitig hat das veränderte moderne, dynamische Image die jüngere Generation nicht überzeugt. Moderne Sozialdemokratie steckte im Niemandsland: sie verlor an beiden Enden. Wie Gabriel es alarmierend richtigstellt: es

geht um die Selbstzerstörung der sozialdemokratischen Volksparteien.

Die zerbrochene Gesellschaft auf der Linken

Worum es hier geht, ist das, was ich die zerbrochene Gesellschaft auf der Linken nenne: die Spaltung der sozialdemokratischen Wählerschaft in zwei Gruppen, ein Spalt zwischen sozialliberalen Akademikern und den traditionellen gewerkschaftsorientierten Sozialdemokraten, ein Spalt zwischen Höher- und Geringqualifizierten, zwischen Kosmopoliten und denjenigen mit nationalistischer, libertärer oder autoritärer Gesinnung. Diese Zersplitterung repräsentiert die Fragmentierung unserer Mittelschichtsgesellschaft insgesamt. Aufgrund der starken Kräfte der Globalisierung, Massenmigration, Individualisierung und post-industrieller Wissensökonomie sind die sozialdemokratischen Wähler in zwei Lager aufgespalten: denjenigen, die optimistisch in die Zukunft schauen und die neue Welt der Globalisierung, Marktdynamik, individuellem Handeln, Europa und Diversität begrüßen, und jenen, die sich durch diese Kräfte bedroht fühlen. Das ist die zerbrochene Gesellschaft auf der Linken, die zerbrochene Koalition von Intellektuellen und Akademikern und der Arbeiterklasse gegen Kapitalismus, für Demokratie.

Wird die europäische Sozialdemokratie die Soziologie der neuen globalen Welt überleben?

Das ist eine ziemlich beunruhigende Frage. Das größte Risiko für die gegenwärtige Sozialdemokratie ist der Zusammenbruch der sozialdemokratischen Parteien, die Teilung unserer Parteien in zwei Lager, die vom Populismus angegriffen werden.

In der Tat: Populismus am linken Flügel (Die Linke des Oskar Lafontaine, oder die Sozialistische Partei der Niederlande) ist unsere größte Bedrohung. Obwohl in den Niederlanden, anders als in Deutschland, auch rechts-populistische Bewegungen die klassische Wählerschaft der Sozialdemokraten verführen: ein empirischer soziologischer Trend bestätigt den Abschied von der linken Arbeiterklasse. In den Niederlanden fand der Dambruch gegen das politisch korrekte Schutzschild des Erbes des Zweiten Weltkriegs nicht aufgrund von Neonazibewegungen, sondern wegen der rechts-populistischen Bewegungen von Pim Fortuyn, Rita Verdonk oder Geert Wilders statt. Sie könnten als Bild-Zeitungs-Bewegung oder boulevard-populistische Revolten gegen politisch korrekte, akademische Eliten mit ihrem futuristischen Weltbild

der Globalisierung, europäischen Integration, der Wissensgesellschaft und Multikultitum gewertet werden (Cuperus/Becker 2007).

Wie wir unsere Parteien und damit auch die Gesellschaft zusammenhalten: das ist die 100-Millionen-Dollar-Frage. Ich bin der Überzeugung, dass die Probleme unserer Parteien pars pro toto das widerspiegeln, was in der Gesellschaft passiert. Der Druck, der durch Teilung und Fragmentierung auf sozialdemokratische Parteien ausgeübt wird, gleicht dem Druck innerhalb der Gesellschaft. Eine mögliche Spaltung in unserer Partei könnte die Vorahnung eines Risses in unserer Gesellschaft darstellen. Deswegen muss es uns in Alarmbereitschaft versetzen, wenn sich die Volksparteien im Fragmentierungsprozess befinden.

Grundsätzlich unter Beschuss steht der soziale Zusammenhalt, der soziale Stoff, aus dem die Solidarität unserer Gesellschaft besteht. Was noch angegriffen werden könnte, ist das europäische Sozialmodell und die europäische Sozialdemokratie als einer ihrer Grundpfeiler und Stützen. Sozialdemokratie definiert sich als die Koalition zwischen den Privilegierten und Unterprivilegierten, als Verbindungsglied zwischen der unteren und der oberen Mittelschicht.

Also lautet die große Herausforderung für die gegenwärtige Sozialdemokratie: wie verhindert man, wenn man von links und rechts durch den Populismus bedroht wird, den Auszug des letzten Arbeiters aus der Arbeiterpartei? Die neuen Kader der sozialdemokratischen Parteien müssen sich mit der existenziellen Frage auseinandersetzen: wollen wir wirklich wieder die Mitte Amerikas, Englands und Deutschlands mit unseren Stammwählern (wie sie in Deutschland noch solide genannt werden) verbinden, oder verachten wir sie?

Wollen wir den kulturellen Abstand zu den einfachen Menschen überbrücken oder sehen wir sie als fremdenfeindliche Nationalisten und Protektionisten, eingeschüchtert durch die Herausforderungen der neuen Welt? Nehmen wir ihre Ängste und Gefühle der Unsicherheit in einer im Wandel begriffenen Welt wirklich ernst, oder werfen wir sie den populistischen Bewegungen zum Fraß vor, mit all den sozialen und politischen Gefahren, die das birgt?

Auf dem europäischen Festland sehen wir einen tiefen Riss innerhalb der Parteien: Populisten auf dem linken Flügel, die die Sprache der Bildungsfernen sprechen, gegen sozialliberale Akademiker. Wenn wir keine Brücke zwischen diesen Mitgliedern bauen, zwischen den gut und weniger gut Ausgebildeten, eine Brücke im Programm, im Diskurs und mit den Politikern, so ist das Ende einer einflussreichen sozialdemokratischen Bewegung in Europa absehbar.

In einer Reihe von Ländern wird Mitte-Links zwischen einer starken, gemäßigten Rechten, die von sich behauptet, die Wirtschaft besser im Griff zu haben, und populistischen Bewegungen, entweder von links, die sich als die »echten« Sozialdemokraten ausgeben, oder von rechts, die den kulturellen Abstand zur gering qualifizierten Arbeiterklasse ausnutzen, eingezwängt. In den Niederlanden ist genau das der Fall: Die niederländische Arbeiterpartei sitzt eingeklemmt zwischen starken Christdemokraten und einer starken linken Partei, während die Rechts-Populisten auf der Lauer liegen (Becker/Cuperus 2007; Becker/Cuperus 2008).

Das Problem der linken Mitte ist, dass sie weder die treibende Kraft der neoliberalen Globalisierung ist (halbherzige Kollaborationen am Dritten Weg entlang), noch steht sie für die Reaktion auf diese neue Phase der Modernisierung; eine Reaktion, die nationalistisch, fremdenfeindlich und kulturell protektionistisch ist. Die linke Mitte ist weder Aktion noch Reaktion – wenn sie doch besser das eine oder andere sein sollte (Cuperus 2005).

Stellen wir uns den Tatsachen: die Sozialdemokratie hat es zur Zeit sehr schwer, vielleicht befindet sie sich gar in einer existenziellen Krise. Die Europawahlen waren ein Debakel für die linke Mitte. Die deutschen Wahlen zeigen, dass die Misere nicht zufällig war, die PvdA-Ergebnisse in den niederländischen Umfragen bestätigen dieses düstere Bild. Wir befinden uns auf dem Nachkriegs-Tiefstand.

Die Sozialdemokratie sinkt rapide, da das Boot an beiden Seiten leckgeschlagen ist: links und im liberalen Zentrum. Wir verlieren an die Links-Populisten, also an Die Linke in Deutschland und an die Sozialistische Partei (SP) in Holland. Wir verlieren an sie, weil wir an Glaubwürdigkeit und Vertrauen eingebüßt haben, aufgrund einer (angenommenen) Kollaboration mit dem Neoliberalismus und den daraus resultierenden unsozialdemokratischen Reformen am Sozialstaat. Und wir verlieren auf der anderen Seite an die liberalen und die grünen Linken aufgrund der herrschenden Politik der Angst und unser Bemühen um Korrekturen aufgrund »populistischer Strömungen«. So verlieren wir die Akademiker, die optimistischen Gewinner des neuen Modernisierungsprozesses.

Im Grunde bestand die sozialdemokratische Reaktion in den vergangenen Jahrzehnten aus einer Anpassung an neue Umstände, und nicht aus Reformen, die mit unseren Werten vereinbar wären. Die politischen Eliten, auch die sozialdemokratischen, haben Veränderung zum Aushängeschild ihrer Politik gemacht. Weil Veränderung notwendig ist, unausweichlich in Anbetracht der grundlegenden Veränderungen in der Gesellschaft und der Welt. Aber die

Hauptfragen sind: wie bleibt man fair in einer globalen, diversen Gesellschaft? Wie kann die Politik der linken Mitte eine fortschrittliche Kraft der Veränderung sein, und dabei doch die Fahne von Vertrauen und sozialer Absicherung für eine verunsicherte Wählerschaft hochhalten?

Wo ist der Ausweg?

Was könnte getan werden?

1. Die Debatten über die Erfolge und Misserfolge bisheriger Reformansätze (z. B. Dritter Weg, Neue Mitte, etc.) müssen hinter sich gelassen werden. Stattdessen brauchen die Sozialdemokraten jetzt offensichtlich ein neues revisionistisches Projekt. Dazu gehören die Entwicklung eines breit angelegten Konzeptes für einen Sozialstaat, das berücksichtigt, dass die Welt von dramatischen Veränderungen in Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft erfasst ist; eine differenziertere Kritik des Marktes; eine schlüssigere Reaktion auf den fortschreitenden Individualismus in unsere Gesellschaft; größere Klarheit, wie man an Gleichberechtigung herangeht; eine Neudefinition der Rolle des Staates und eine Sensibilisierung für Fragen der Identität und Kulturpolitik (Policy Network/Wiardi Beckman Stichting Conference 2009). Hier sehen wir eine problematische Diskrepanz zwischen den sozialdemokratischen Eliten und den traditionellen Stammwählern. Was die Integration und ethnische Diversität betrifft: Wie weit sollen sich Migranten der »gastgebenden Gesellschaft« anpassen? Und hinsichtlich der Beziehungen des Nationalstaates zur Europäischen Union: Inwieweit werden nationale Grenzen und Souveränität geschliffen, um eine übernationale Zusammenarbeit zu befördern?

Insbesondere sollte sich die Sozialdemokratie bemühen, nicht nur an ihre traditionelle Wählerschaft wieder Anschluss zu finden, sondern auch an die jüngere Generation. Dabei muss sie sich um die ernstesten Spannungen zwischen den Globalisierungsbefürwortern und Globalisierungsgegnern kümmern und eine Lösung finden. Kurzum, die linke Mitte muss neue, überbrückende Koalitionen schaffen.

Die europäische linke Mitte befindet sich auf einem Spielfeld mit einer zersplitterten Wählerschaft. Die Stimmen aus der traditionellen Arbeiterklasse haben stark abgenommen und ein Spalt ist in unserer »alten« Wählerschaft entstanden, z. B. zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen, oder denjenigen, die dem Arbeitsmarkt zur

Verfügung stehen oder nicht (mehr). Auch hat sich der Durchbruch zur politischen Mitte im letzten Jahrzehnt nicht bewährt. Diese Entwicklungen drängen uns, den Schwerpunkt und die Richtung unserer politischen Programme sorgfältig zu überdenken, und uns darüber klar zu werden, wen wir vertreten wollen, wenn es das Ziel bleibt, durch Koalitionen zu einer Mehrheit zu kommen, statt »Klientenpolitik« zu betreiben. Wer ist unsere neue Wählerschaft und wie ist ihr am besten gedient? Und wer sind unsere tatsächlichen Gegner in einem sich verändernden politischen Raum?

2. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Grundpfeiler unseres Wirtschaftssystems erschüttert. Interventionen seitens der Regierung haben unsere Gesellschaften davor bewahrt, in ein Loch zu fallen, aber die Reaktion auf die Krise kann nicht bei Banken- und branchenspezifischen Rettungspaketen Halt machen. Die wichtigsten Grundlagen unserer Wirtschaft müssen überdacht werden, um einem neuen und gerechten Kapitalismus einen Rahmen zu geben, der den Sozialstaat ergänzt statt ihn herauszufordern. Die Rolle des Staates in der Wirtschaft muss ebenfalls neu definiert werden, um neue Geschäftsmodelle zu entwickeln; Modelle, bei denen betont wird, dass die Menschen im Zentrum eines Wirtschaftssystems stehen und nicht die Gewinne. Einfach ausgedrückt, wir müssen überlegen, wie man sicherstellt, dass die Märkte der Gesellschaft dienen und nicht umgekehrt.

Nicht nur hat uns die Krise dazu gebracht, unsere Wirtschaft zu überdenken, die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt haben auch Auswirkungen auf unseren Ansatz, einen neuen und fairen Kapitalismus zu liefern. Unsere auf Wissen begründete Ökonomie schafft eine Kluft zwischen gut und schlecht qualifizierten Arbeitern, zwischen wunderbaren und miesen Jobs. Die Zahl der sicheren Arbeitsverträge und der Gewerkschaftsmitglieder ist zurückgegangen. Aufstiegsmöglichkeiten sind für gering qualifizierte Arbeiter immer noch sehr eingeschränkt. All diese Entwicklungen haben zur Bildung einer großen, verwundbaren, »prekären« Gruppe in unserer Gesellschaft geführt sowie zu einer sozio-ökonomischen Polarisierung, wo weit verbreitete Grundsätze von Fairness, wie beispielsweise Chancengleichheit, die Vermeidung materieller Härten und gegenseitige Hilfe, oft verwässert werden. Wie können wir dieser Gruppe ein Gefühl von Sicherheit und Fairness in unserer sich so rasch ändernden Welt vermitteln? Wie können wir den Fairnesscode durch neue Politik und Umverteilung im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts wiederher-

stellen? Wie können wir verhindern, zwischen Protektionismus und dem freien Spiel der Märkte zerrieben zu werden?

3. Unsere Gesellschaften unterziehen sich rapiden Wandlungen mit neuen Chancen und Risiken, für die die Menschen unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen, um entsprechend damit umzugehen und davon zu profitieren. Globalisierung, technologische Veränderungen, Massenmigration, der zunehmende Individualismus: diese Trends haben dramatische Verschiebungen in Nachkriegstraditionen und -institutionen verursacht und Gewinner sowie Verlierer hervorgebracht. Die Gesellschaften sind säkular, heterogen, divers, individualistisch und post-materialistisch.

Das »kommunitaristische« Erbe der Sozialdemokratie scheint bedroht zu sein. Wie können wir sozialen Zusammenhalt und starke Gemeinschaften in einer fragmentierten oder »gebrochenen« Gesellschaft bewahren? Wie reagieren wir auf den zunehmenden Individualismus in unserer Gesellschaft? Wie begegnen wir einer populistischen Erzählung von verlorenen Hochburgen? Welchen Rahmen geben wir Identitäten und Traditionen in einer mobilen, flexiblen und globalen Welt?

Wir sollten herausfinden, wie groß die akute Angst in Europa vor moralischem und sozialem Abstieg ist, und für eine politische Kultur plädieren, die bei sozialdemokratischen Wählern ankommt, sowohl bei den liberalen als auch den kommunitaristischen.

4. Die derzeitigen sozialdemokratischen Erzählungen sind nicht mehr angemessen. Die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, haben sich geändert. Daher ist eine neue Erzählung nötig. Eine glaubhafte Erzählung, die uns mit unserer Wählerschaft verbindet und das Vertrauen wieder herstellt. Eine authentische Erzählung, die die Initiative ergreift und uns befähigt, eine politische Agenda aufzustellen. Wie aber wird das neue Programm beschaffen sein? Wie kann es in Zeiten entwickelt werden, in denen die Glaubwürdigkeit auf einem Tiefpunkt ist und kein Vertrauen in die politische Klasse besteht? Wir sollten Ideen zur Gestaltung der neuen, politischen Erzählung entwickeln, die alles Wesentliche enthält, was ein wieder belebtes, sozialdemokratisches Angebot den augenblicklichen und künftigen Interessen unserer Wählerschaft geben kann.
5. Lösen wir uns von unserer Sucht nach Macht und Karriere in den eigenen Reihen. Entledigen wir uns des technokratischen Managements im politischen System und unserer Blindheit für die Straßensichten unserer Gesellschaft.

6. Die Kluft zwischen linker und rechter Politik muss wiederhergestellt werden, um die gefährliche, populistische Aufteilung zwischen dem Establishment und (einer falschen Vorstellung von) den Menschen zu bekämpfen.
7. Seid offen für fortschrittliche, linke Koalitionen mit den Grünen und den linken populistischen Parteien wie Die Linke in Deutschland (ohne Lafontaine und Stasi-Mitarbeiter) oder die SP in Holland.
8. Wir müssen eine Sensibilität für Fragen der Kultur und der Identität entwickeln. Wenn in reichen Sozialstaaten Menschen sehr unzufrieden und unglücklich sind, geht es meist um Gemeinschaft, Zusammenhalt, Sicherheit: post-materialistische Probleme sozialer Psychologie.
9. Personalisierte, politische Führung ist in einer »Publikumsdemokratie« sehr wichtig: Menschen werden zu Programmen und gute Politiker sind lebende Programme. Daher gibt es einen Bedarf an neuer Führung und neuen Führungsstilen. Eine Führungsspitze, die nicht an der Last sozial-autistischer Reformmaßnahmen zu tragen hat, kann die Kluft zu den Wählern aus der klassischen Arbeiterklasse überbrücken und neue Koalitionen aufbauen. Eine Führung, die mit Visionen und Werten arbeitet, die sich auf einer neuen Idee von Fortschritt gründen.
10. Rückgewinnung einer authentischen politischen Position. Oder: die Wiedererfindung von (Mitte) links. Fehlende klare, politische (ideologische) Positionen, Zugeständnisse an die Kräfte des Marktes und die Übermodernisierung der Sozialdemokratie verlangen nach (multi-nationalen) Kommissionen, um die sozialdemokratische Position bei den dringendsten Themen neu zu formulieren. Wir müssen mit unserem politischen Programm wieder an unsere Grundwerte anknüpfen, an eine Kritik am derzeitigen globalen Kapitalismus und an demokratische Ideale (Europa!).
11. Verbessern wir die Parteiorganisation. In ganz Europa wurde die Partei als Vermittler zwischen dem gesellschaftlichen Leben und der politischen Arena abgeschafft. Die Partei ist zu einer Amtsinhaber-Maschine geworden, eine Karrieremaschine statt einer Organisation, die soziale Fragen und Überlegungen artikuliert und kanalisiert. Daher sollten wir unsere Organisationen verbessern: Kümmert euch um exzellenten Nachwuchs und politische Bildung, sucht nach Wurzeln in Firmen, Nachbarschaften und auf dem dritten Sektor, engagiert euch bei Kampagnen für soziale, kulturelle und wirtschaftliche

Koalitionen. Setzt euch an die Spitze einer breiten Koalition, damit die Lebensqualität der *classes populaires* verbessert wird.

12. Es gilt, effektive Wahlstrategien zu entwerfen: Nicht nur während des Wahlkampfes, sondern auch für die Zeit dazwischen. Knüpft Beziehungen zu den weniger Qualifizierten, baut Koalitionen zwischen ihnen und der Mittelschicht, zwischen Immigranten und Einheimischen – auf lokaler und institutioneller Ebene.

Dazu wird auch ein »kreativer Ansatz zu fortschrittlicher Koalitionsbildung« nötig werden, »der neben anderen politischen Parteien der linken Mitte auch fortschrittliche Individuen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, und progressive, nicht an Parteien gebundene Organisation einschließt« (Teixeira 2009).

Abschlussbemerkungen

Wir brauchen Deutschland und insbesondere die deutsche Sozialdemokratie, um zu beweisen und zu zeigen, dass die rheinländische Soziale Marktwirtschaft mit der neuen globalisierten Weltordnung vereinbar und konkurrenzfähig ist. Wird es Deutschland gelingen, seinen Status als Exportweltmeister zu halten bzw. zu erneuern und gleichzeitig ein optimaler egalitärer Sozialstaat ohne Armut und einer entspannten, nicht gestressten Gesellschaft zu sein? Kann Deutschland dem Druck widerstehen, das angelsächsische Modell zu adaptieren, wie es in den Kreisen rund um den *Economist* gefordert wird, und Sozialreformen neu erfinden, nicht als Bedrohung, sondern als soziale Verbesserung für die Gesellschaft? Kann die europäische Sozialdemokratie ihrer historischen Mission treu bleiben und Kapitalismus und Demokratie durch ihr sozialdemokratisches Projekt der gleichberechtigten Bürgerschaft unter einen Hut bringen? Für die Vielen, nicht für die Wenigen.

In den vergangenen Jahrzehnten war Deutschland so sehr von seinem eigenen »Standort« besessen, dass es nicht als leuchtendes Beispiel oder Inspiration für die europäische Sozialdemokratie taugte. Es präsentierte sich als disorientierter Verlierer im angelsächsischen Prozess der Globalisierung, ohne jedes Selbstvertrauen. Daher stach es in internationalen Foren und Debatten nicht sehr hervor.

Jetzt, da das neoliberale Globalisierungsmodell und das zugehörige Konzept des »Marktstaates« zusammengebrochen sein könnte, blicken alle wieder auf Deutschland und Frankreich: Wird es ihnen gelingen, den Kapitalismus traditionsgemäß wieder einzubetten? Werden sie der fortschrittlichen, demokrati-

schen Linken in Europa und darüber hinaus neue Hoffnung und Inspiration verschaffen? Darum dreht es sich letztendlich. Auf dem Spiel steht darum die dringende Genesung der ältesten Partei Deutschlands, der Partei, die schon Hitler überlebte: die SPD.

Literatur

- Becker, Frans; Cuperus, René (2007): Sehnsucht nach dem Wohlfahrtsstaat – 30 Jahre Reformpolitik in den Niederlanden, in: Becker, Frans; Duffek, Karl; Mörschel, Tobias (Hrsg.), *Sozialdemokratische Reformpolitik und Öffentlichkeit*, Wiesbaden 2007, VS Verlag für Sozialwissenschaften, p.113–132.
- Becker, Frans; Cuperus, René (2008): Bittere Erfahrungen im niederländischen Koalitionsparadies, in: *Berliner Republik* 2008/3.
- Cuperus, René (2005): Wie die Kollision von Zivilgesellschaft und Gerechtigkeit eine rechts-populistische Revolte in Europa produziert, in: Meyer, Thomas; Vorholt, Udo (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und Gerechtigkeit, Dortmunder politisch-philosophische Diskurse*, Band 2, Projektverlag Bochum/Freiburg, 2005, p. 90–102.
- Cuperus, René & Becker, Frans (2007): Die Wahlen am 22. November 2006 und die Unruhe in der niederländischen Wählerschaft, in: Wielenga, Friso und Geeraedts, Loek (red.), *Jahrbuch 17, 2006, Zentrum für Niederlande-Studien*, Münster 2007, p.83–101.
- Cuperus, René (2008): Wie die europäische Sozialdemokratie ihre Wunden leckt, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 11/2008.
- Gysi, Gregor (2009), in *Bild am Sonntag*, 25.10.2009.
- Perger, Werner A. (2009): Und nun? Ein europäischer Rundblick nach dem Absturz in Berlin, *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (erscheint in Kürze).
- Policy Network/Wiardi Beckman Stichting Conference »The politics of globalisation, redistribution and culture. Preparing the ground for a comeback of European social democracy«, Amsterdam, 5.–6.11.2009.
- Teixeira, Ruy (2009): The European Paradox, *Die Zeit* (erscheint in Kürze).



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-86872-216-1

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Nora Neye
D-10785 Berlin

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (30) 2 69 35-92 48

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.